

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 22. Februar 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Sechs Wochen Ruhrbesetzung.

Eine Enttäuschung für Frankreich.

Dortmund, 21. Februar.

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

Einen Tag vor dem französisch-belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet ...

Statt dessen wird die Absicht, durch technische Maßnahmen ...

Und was haben die Beauftragten der französischen und belgischen Regierung erreicht?

Noch weniger aber durch die neuesten Patrollen an den Brücken der Ruhr ...

Der Befehl an die deutsche Behörde, in Zukunft jede schriftliche und mündliche Dienstanweisung ...

Durch die allgemeine wirtschaftliche Lage wird die Arbeiterklasse in ihrer zersplitterten Auffassung ...

weist sich daraus, daß die Drosselung der Zufuhr schwedischer Erze auf drei Wochen bestimmt wurde.

Für den Bergbau ist trotz der überschütteten Halben nicht mit Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die vergangenen sechs Wochen zeigen, daß Frankreich und Belgien trotz mehrfach geänderter Taktik ...

Gefängnisstrafen für Eisenbahner.

Mainz, 21. Februar. (Mitt.) In Fortsetzung der Kriegsverhandlungen gegen Eisenbahnbeamte ...

Essen, 21. Februar. (Mitt.) Wegen Richtgrahens wurden vom Kriegsgericht in Breiten verurteilt ...

Die Duisburger Tabakindustrie stillgelegt.

Duisburg, 21. Februar. (Mitt.) Die Duisburger Tabakfabriken, die zu den größten Deutschlands gehören ...

Essen, 21. Februar. (Mitt.) Bürgermeister Schäfer und Syndikus Cuyenz sind in Breiten in einer Zelle untergebracht ...

Die Goldanleihe des Reiches.

Die aktive Währungs politik, die von der Sozialdemokratie schon sechs Monate vor der Ruhrbesetzung gefordert wurde ...

Die Reichsbank hat durch ihre Intervention am Devisenmarkt den Kurs des Dollars gedrückt.

Und das Wertwürdige an allem ist, man feiert das Kabinett Cuno als die Retterin der Mark ...

Nun bekommen wir also die Goldanleihe, die notwendig ist, um die nach einer wertbeständigen Anlage ...

Zunächst ist es bedenklich, daß man auf die Anleihe nur Devisen in Zahlung nehmen will.

Jedenfalls genügen die gegenwärtigen Abwehrmaßnahmen gegen die Devisenspekulation nicht.

Nicht unbedenklich ist auch die Tatsache, daß man die Anleihe jetzt schon in ganz kleinen Stücken bis zu einem Dollar herab ausgeben will.



ein Betrag von 200 Goldmillionen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichen, um die gesteigerte Nachfrage zu befriedigen. Will man diesen hervorheben, so wird man sich zunächst auf die Ausgabe größerer Stücke beschränken müssen. Will man aber die Goldanteile auf eine breitere Grundlage stellen, so reicht der Goldschlag der Reichsbank, der ja nicht nur zur Garantie der Goldanteile der Großkapitalisten und Spekulanten dienen soll, sondern auch zur Beschaffung der für eine langfristige Marktlösung notwendigen Devisenbestände und als Basis zur Bildung eines zukünftigen neuen Geldes, nicht aus. Die Garantie der Wertbeständigkeit für eine große Goldanteile muß von denen gegeben werden, die über Goldentnahmen verfügen, ohne bisher auch nur entfernt Goldsteuern gezahlt zu haben. Es sind dies die Besitzer der Sachwerte. Die Kreditbürgschaft von Industrie, Handel und Landwirtschaft, die seinerzeit bereits im Reichswirtschaftsrat feste Formen angenommen hat, müßte also hier auf den Plan treten. Für eine langfristige Stützungsaktion ist eine derartige große Goldanteile unentbehrlich. Ist sie genügend ausgestaltet, dann kann man auch dazu übergehen, kleine Stücke auszugeben, die Einzahlung in Papiermark zu ermöglichen, um so den Spartrieb der Bevölkerung wieder zu wecken und die sinnlose Flucht aus der Mark in die Ware, in den Sachbesitz und in die Devisenspekulation ganz abzudrängen.

Mit derartigen Änderungen ist die wertbeständige Anteihe ein durchaus geeigneter Pfeiler einer Stabilisierung der Währung. Sie allein kann natürlich einen festen Stand der Mark nicht herbeiführen. Weitergehende währungspolitische Maßnahmen werden hinzutreten müssen. Aber es ist doch eben ein entscheidender Anfang, den man jetzt, für eine außenpolitische Wirkung jedenfalls viel zu spät, macht. Wir müssen freilich auf das schärfste Verwahrung dagegen einlegen, wenn man versucht, die Vorbeeren dieser Tot den unfreiwilligen Objekten einer zwangsläufigen Politik zu spenden, dem Bürgerium und der Schwerindustrie, die jetzt an der Regierung beteiligt ist. Sie alle haben früher die gleichen Forderungen der Sozialdemokratie mit der größten Erbitterung bekämpft und können jetzt selbst nicht anders, wie die Sozialdemokratie es gewollt hat. Hat sie nicht beten — sie lehrt auch Währungspolitik treiben. Darum begrüßen wir trotz aller Bedenken gegen Einzelheiten diesen neuen Schritt der Reichsregierung und können nur fordern, daß er konsequent zu Ende gegangen wird. Mit der Einführung eines wertbeständigen Anleihepapiers nach einem festen Goldrechnungskurs wird auch die Frage der Goldhöhe ihrer Lösung näher gebracht werden. Wir haben ein Interesse daran, diese Entwicklung zu fördern, damit das deutsche Volk, das heute im Sumpf der Währungszerrüttung zu erstickten droht, allmählich wieder festen Boden unter die Füße bekommt.

### Was Cuno kann . . .

Die volksparteiliche „Zeit“ hält es für zweckmäßig, in einer Besprechung des Goldanleiheprojekts zu versichern, daß dem Kabinett Cuno gelingen könnte, was das Kabinett Wirth vergeblich versuchte: die Mitwirkung der Reichsbank an den Maßnahmen zur Stillung der Mark zu gewinnen. Daß dabei in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Kriegsführung „manche Bedenken schweigen mußten, die sich früher geltend machten, sei unbestreitbar. Ebenso aber auch, daß es einer schmännlichen und willensstarken Regierung bedürfte, um die in der deutschen Wirtschaft ruhenden Finanz- und Wirtschaftskräfte mobil zu machen.“

Die „Zeit“ gibt hier also offen zu, daß gegen die Regierung Wirth systematisch Sabotage verübt worden ist, vor allem von den „Finanz- und Wirtschaftskräften“, aber auch, daß die Reichsbank die Regierung bisher nicht genügend unterstützt hat. Das Interesse des Vaterlandes steht bei der „Wirtschaft“ beinahe immer sehr hoch im Kurs. Aber wenn nicht Volksparteiler in der Regierung sitzen, dann sinkt dieser Kurs erheblich. Ein sehr lehrreiches Geständnis in dieser schweren Zeit!

### Fromme Wünsche.

Konzertumchau von Kurt Singer.

Die drei letzten der diesjährigen philharmonischen Konzerte enthalten in ihren Programmen die Namen Haydn, Brahms, Liszt, Schubert, Beethoven. Furtwängler hat unter allseitigem Jubel, unter dem Ruf der Presse und getragen von dem Vertrauen des Publikums die Nachfolge angetreten. Er bewährt sich prächtig, so er wählt in seine Aufgabe, die für Berlin eine Mission heißt, glänzend hinein, sein Haus ist das allerbeste, und die Kapelle bekommt wieder die Physiognomie der Ausnahmeorgane, wenn Furtwängler dirigiert. Etwa die IV. Symphonie von Brahms, die in ihrer wuchtigen Schwere, im Ernst und in der Lieblichkeit gleich herb, von keinem so klar und formvollständig gespielt wird. Es scheint zuweilen, als gäbe es hier gar keine Auffassungsvorgänge mehr. Höchster Ruhm des Kapellmeisters, sein Stilgefühl als das Unschöne den Hörern einzuhämmern, Widerstände musikalisch zu überwinden. Der Leiter der philharmonischen Konzerte sollte aber seine propagandistische Macht und Kraft anders für das Heute und für das Morgen einsetzen. Die Jugend ruft nach ihm; und wie lange wird es dauern, da schießt man ihn einen Reklamation. Ihm kann es doch nichts verschlagen, auch einmal eine Note uns vorzulegen, er darf sich ohne Steinwurf ein gefährliches neuzeitliches Experiment schon leisten, der Vorbeurteilt ihm, auch wenn er mit Reklamationen des Bürgertums des Reichs-Publikums verschweigt. Aber wenn das auch nicht: Mahler und Bruckner dürften in zehn Konzerten nicht ausgelassen bleiben, und eine unbekanntere symphonische Dichtung Straußens wäre Erquickung gewesen. Mit einer unsinnlichen Pflücker-Quartette ist der Zug der Zeit nicht beschworen. In Furtwänglers genialer Dirigierkunst liegt der letzte Pol Berliner Musikkultur, er schreibt das Niveau vor. Wie er's macht, das ist herrlich. An seinen Programmen aber wachle er, sich zum Ruhm, uns zur Freude!

Man hört auch sonst nicht viel Neues. Wird Berlin rückständig? Da macht eine Geigenfonate von J. v. Berkeim freudig aufhorchen. Sie könnte geistig zwischen Schumann und Brahms eingereiht werden, sie schwingt sich mit hymnischen Gebärden künstlerisch hoch, hat großen Sinn für Form, Prosodie, Klang und gibt den Instrumenten dankbare Aufgaben. Die Befriedigung geht, wenn auch nicht eigene, so doch natürliche Wege, und seine Vorüberlegtheit führt den gefunden musikalischen Pfad. Wie armseelig nehmen sich, wie unbedeutend gegen diese Arbeit eines Talents die Wieder von Heinz Theo Dreger aus! Ungezogen, unerlebt, langweilig und trostlos-düster. Der Schmerz wurde auch unter der jarten Begleitung Deberets und im Gesang der inbrünstig freudenden Jonna Maria Bay nicht geringer. Wie gern sieht man da wieder zurück zum Überwärtigen! Man könnte sich den Judas Makkabäus prunkvoller, ausdauernder, wuchtiger, brillanter in den Chören denken, als wie ihn der Dramatiker ein-

### Geisler und die Volkspartei.

Trennungstreich und Parteigericht.

Zu unseren Mitteilungen über die Tätigkeit des volksparteilichen Reichstagsabg. Geisler als geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten vaterländischen Verbände teilt die „Zeit“, das Organ der Deutschen Volkspartei, mit:

Das erwähnte Rundschreiben ist der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei aus den Kreisen der Industrie zugegangen und die Fraktion hat sofort dazu Stellung genommen. Sie hat sich dabei einmütig der scharfen Beurteilung und Zurückweisung angeschlossen, die der Fraktionsvorsitzende Dr. Stresemann gegen das Rundschreiben geäußert hat. Die Fraktion war sich darin einig, daß das Vorgehen des Abg. Geisler nicht zu billigen ist, da es den parteipolitischen Zankapfel nicht nur in die Mitte der Parteien, sondern auch mitten unter die Reihen wirft, die sich im Ruhrgebiet zur Abwehrfront zusammengeschlossen haben. Das Verhalten der preussischen Regierung und die prozessuelle Haltung der Bergarbeiterverbände wie der gesamten Bevölkerung im Ruhrgebiet beweisen zur Genüge, daß zu einem solchen Vorgehen keine Veranlassung gegeben ist. Die Fraktion hat also zwischen dem Rundschreiben des Abg. Geisler und ihrer Auffassung einen ganz klaren Trennungstreich gezogen. Im übrigen ist das Rundschreiben zusammen mit anderem Material dem zuständigen Parteiauschuß zur Untersuchung und Entscheidung überwiesen worden.

Man darf nach dieser Abfuhr erwarten, daß die von der Partei gegen Geisler eingeleitete Untersuchung mit seinem Ausschluß endet. Für diesen Fall ist anzunehmen, daß Herr Geisler dorthin geht, wohin er gehört, zu der Deutsch-völkischen Knüttelgarde.

### Die Wulle-Abteilung der Berg-Partei.

Der Deutschvölkische Reichsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei hat sich konstituiert. In seiner ersten Sitzung wurde Abg. Graef-Thüringen zum Vorsitzenden und Prof. Frhr. v. Freytag-Loringhoven zu seinem Stellvertreter gewählt. Es wurden Richtlinien für die Tätigkeit des Reichsausschusses und der Landesauschüsse ausgearbeitet, die zum großen Teil bereits bestehen. Für die Osterzeit soll der erweiterte Ausschuss einberufen werden, zu der auch die Vertreter der Landesverbände kommen und in der die „großen“ völkischen Fragen, wie Klassenfrage, völkische Staatskunst und Wirtschaftskampf programmatisch behandelt werden sollen.

### Wende im Lande, hittere dahin!

Der Deutschnationale Jugendbund Frankfurt a. M. hatte zum 22. Februar eine Veranstaltung geplant, in der Oberst a. D. Inländer-Rüchsen sprechen sollte. Die Polizei hat die Veranstaltung verboten.

### Verhinderter Doppelmord.

Von Sakenkreuzlern geplant.

Weimar, 21. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Bei der Besprechung der Interpellation über die Zwischenfälle auf dem Bahnhof Gera anlässlich der Durchreise und Verhütung von Teilnehmern an nationalsozialistischen Parteitag in München, teilte der thüringische Innenminister im Landtag mit, daß vor kurzem ein deutschvölkischer Nordanschlag auf zwei Staatsbeamte in Gera geplant gewesen sei. Der Anschlag richtete sich, wie wir dazu erfahren, gegen einen Oberwachmeister und ein Regierungsmitglied. Der deutschvölkische Sekkermelster Hiermann befehligte einen Armeerevolver mit acht Geschossen zu dem ausdrücklichen Zweck, den Oberwachmeister Schock zu ermorden. Am welches Regierungsmitglied es sich bei dem geplanten Nordanschlag handelt, ist noch nicht genau festgestellt. Man nennt die Namen der Genossen Drehter und Knauft. Als Mörder war für diesen Fall der Gärtner Hauschild gedungen. Außer dem Armeerevolver stand zur Ausführung der Nordpläne noch eine Flasche Schwefelsäure zur Verfügung. Der Nordplan kam jedoch rechtzeitig zur Kenntnis der Behörden und konnte glücklicherweise vereitelt werden.

Zeigt die Verhinderung dieses Anschlags nicht die Berechtigung der deutschnationalen Angriffe auf die Thüringer Regierung?

Stehmanns herausbringt, nicht aber laubener, empfindener, warmherziger. Unter den Solisten waren drei Berufene: Bilmars-Hausen, Soot, Fildner. Die Sopranistin Friedel Tschoppau wiegt sich noch nicht in Sicherheit; doch entschädigt sie durch Wärme und Sprechklarheit in ihren Arien, die sie mit schönem Ausdruck vorträgt.

Eine große Begabung ist der Pianist Walter Kerzhauer. Wer die tiefe, musikalische Aussprache des Andante im Beethoven'schen G-Dur-Konzert so ergreifend wiedergeben kann wie dieser junge Mann, der ist ein Urmusiker und ein Poet dazu. Wozu es allerdings nicht stimmt, daß er die geistlichen Redenzen in die Höhe hineinspielen ließ. Muß das sein? (Es muß nicht sein.) Auch Willi Hüfner ist talentiert, er hat Feuer und Schwung und kennt keine Tradition im Chopin-Spiel. Man folgt ihm willig und wünscht zuletzt kaum mehr, daß er sich zügle. Der zwanzigjährige Emanuel Feuermann singt auf dem Cello, daß Leben aufblüht aus aller Handfinger Konzertbegabung. Seine stumpe Fingerfertigkeit (die sicherste neben der des Ungarn Fildner) verleiht ihm schnell zum Tempo der Stretta. Was tut's? Ein bißchen Haydn weniger, und überlegene Virtuosität wird voland gefeiert. Niña Fliederbaum wird von seinen Bandseuten wie ein halber Joachim beklatscht. Gemacht: er ist vorerst nur ein halber Rubell, gerästel mit welchem, singendem, schmelzendem Ton und einem slavischen Vibrato, das die Herzen fängt. Die berühmteste Chaconne aber stammt von Bach, nicht von einem Bachowitsch oder Bachowetz. Und da geht der Slave neben dem Ziel eisernd durch. Wolvte Gvarias nahm sich des Solokonzerts op. 29 ohne Erfolg an. Nur die Geschicklichkeit Seidler-Winkers hinderte zweimal oblige Gedächtnisentgeisterung. Die resolute, hochbegabte Geigerin möge dieses Werk ganz vergessen. In anderen Werken virtuosen und ersten Schlags steht sie unter den Geigerinnen mit an der Spitze; vor ihr marschieren nur Anna Hegner und Cecile Hausen. Das weibliche Triumpvirat kann sich hören lassen.

Der moderne Weg vom Schwein zur Wurst. Deutschland steht in der Verarbeitung des Fleisches hinter anderen Ländern, besonders hinter den Vereinigten Staaten, zurück. Einer der wenigen Musterbetriebe dieser Art, die wir besuchen, sind die Efa-Werke in dem Berliner Vorort Brix, eine kleine Gebäudefläche mit Straßen, Höfen, Gärten, Eisenbahnen und Kraftwagen. Hier können wir den modernen Weg vom Schwein zur Wurst verfolgen, wie eine anschauliche Schilderung in der „Umschau“ es sagt. Die Arbeiter kommen durch Baderräume mit Dusch- und Waschbecken in den Saal, in dem sie zweimal wöchentlich neue Arbeitskleidung erhalten. In dem hellen Schlachtraum befindet sich eine tiefe eiserne Astenmasse, die „Treibbuch“ für Schweine. In feste Wände eingeklemmt trifft die Tiere der Dorn ins Gehirn, das Blut wird abgefungen, automatisch rückt der Körper in den Brühkessel, wo die Haut enthorstet und gereinigt wird. Das Tier wird der Wange nach halbiert und die Stücke an Dedangiereln rasch fortgebracht. Nebenbei werden mächtige Bullen durch Strichsäge betäubt und in ähnlicher Weise bearbeitet. Die wertvolle Haut des Schweines wird sofort durch

### Eine notwendige Mahnung.

Der Reichswirtschaftsminister gegen die hohen Preise.

Der Reichswirtschaftsminister erläßt ein Rundschreiben an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, des Handwerks sowie der Konsumgenossenschaften, worin er zunächst sagt, daß die Verkaufspreise dem Lageskurs der in Frage kommenden Auslandswährung angepaßt werden dürfen. Sinkenden Kursen aber müssen Preisentwertung entsprechen. Dann heißt es:

Während Fabrikanten und Händler ihre Preise mit ansteigendem Devisenkurs fortlaufend erhöht haben, trägt man jetzt Bedenken, die Preise dem fallenden Kurse anzupassen. Bei Verträgen, die unter Zugrundelegung einer ausländischen Währung in kurzgeschickter Mark abgeschlossen sind, wird sehr oft versucht, den Verkaufspreis auf Basis des Kurses der ausländischen Währung am Lieferertage hereinzubekommen. Ein solches Verfahren kann nicht nachdrücklich genug bekämpft werden. Unser inländischer Preisniveau hat eine Höhe erreicht, die es werten Kreisen

der Bevölkerung unmöglich macht, die notwendigsten Bedarfs-güter zu erwerben.

um ihr Leben zu fristen. Hierin besteht aber eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und für die Geschlossenheit des Abwehrwillens in dem uns aufgezwungenen Defensivkampf. Die Bevölkerung versteht es nicht, daß nach einem Rückgang der ausländischen Preise, abgesehen von einigen wenigen Artikeln, noch nicht einmal zum Stillstand gekommen ist. Sie vermutet, vielleicht nicht mit Unrecht, daß durch Zurückhaltung der Waren in der Hoffnung einer späteren Veräußerung mit größerem Nutzen sowie durch Preisvereinbarungen

das Preisniveau künstlich hoch gehalten

wird. Insbesondere werden die Erzeuger- und Händlerverbände für diese Entwicklung der Dinge verantwortlich gemacht.

Sämtliche Spitzenverbände haben seinerzeit unter dem frischen Eindruck der an dem deutschen Volke verübten Gewalttat erfreulicherweise einmütig zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt seien,

teilzunehmen an den Opfern der Gesamtheit

und mit allen Kräften auf eine angemessene Preisbildung hinzuwirken. Ich bin überzeugt, daß es nur dieses Hinwirkens bedürfen wird, um zu erreichen, daß die Spitzenverbände alle Maßnahmen treffen, um das gegebene Versprechen einzulösen und Verbände und Einzelunternehmer zu veranlassen, die aus der Besserung der Marktsich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Gelingt es, den unbedingt erforderlichen und durchaus gerechtfertigten Preisabbau durchzuführen, so wird nicht nur das gegen Warenherzeuger und Warenbesitzer bestehende Mißtrauen zum großen Teil schwinden, sondern auch die Zuerückhaltung der breiten Schichten auf einen glücklichen Ausgang des Wirtschaftskampfes eine bedeutende Stärkung erfahren.

In einem an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers wird in Ergänzung des Vorstehenden betont, daß in allen Fällen, in denen die Preisbildung der Wertverbesserung der Mark nicht Rechnung trägt, der Verdacht der übermäßigen Preissteigerung vorliegt. Insofern, als durch Abreden von Verbänden oder Vereinigungen einem Sinken der Preise entgegenge wirkt wird, kommen strafbare Handlungen gemäß der Preistreibeordnung in Frage. Schleunigstes und nachdrücklichstes Eingreifen wird als erforderlich bezeichnet, um den durch die Maßnahmen des Reichs erzielten Erfolg der Markbesserung sicherstellen.

Bei unberechtigten Preissteigerungen und Preistreiberien wird in schärfster Weise mit Freiheitsstrafen und Geldbußen vorgegangen werden.

### Falschmeldungen.

Wodum, 21. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Verschiedene Blätter melden aus Buer, daß in Westerholt ein französischer Offizier von einem Schmied mit dem Hammer erschlagen wurde, nachdem der Franzose ihn mit der Reitpeitsche geprügelt haben soll, weiter melden sie, daß in Westerholt ein französischer Soldat, der betrunken war, von einem Deutschen erschossen worden sei. Nach Erkundigungen bei amtlicher Stelle konnten wir feststellen, daß beide Meldungen erfunden sind.

Salz konserviert. Die Borsten wandern in die Pflanzfabrik. Hörner und Hufe der Rinder werden besonderen Verwertungsstellen zugeführt. Sämtliche Knochen, die durch Maschinen herausgelöst sind, werden unter Druck entleert.

Die eigentliche Verarbeitung des Fleisches erfolgt unter ständiger Aufsicht eines Tierarztes und mehrerer Fleischbeschauer. Die gelegten Stücke werden in besondere Abteilungen gebracht und je nach ihrer Eignung zu Wurst, Schinken, Säugen, Wurstwaren usw. verarbeitet. In jedem Raum laugt eine Entbeulungsanlage den Blutbunst, Fleischgeruch, Räucherduft usw. auf. Wir beobachten die Schinkenfabrikation. Hier macht man zarte Backschinken, dort riesige Wildschinken; in Putzflüssen liegen je 50 Backschinken auf Grillrost über Gasfeuer bei 80 Grad. Im Füllraum schwimmen in großen Badewannen mit Salzlauge Tausende von Schinken. Der fertige Speck erhält keinen Brandstempel. Heiße Ware wird im Kühlraum erkalte, Dauerware ruht im Gefrierraum. Was in den Rauchfang soll, wandert vorher in die Trockenkammer. Im Darm-richtraum werden die Därme gewaschen, gebürstet, gewässert usw. und kehren dann ganz appetitlich aus. Die Abteilung für Wurstfabrikation enthält große Kasse, auf denen Duzende von Wurstformen nach dem verschiedensten Geschmack und in der verschiedensten Mischung von Fleischsorten hergestellt werden. Das Brühwasser läuft hernach durch Filter, die als Fettfänger dienen. An den Wurstfüllmaschinen vorbei führt der Weg zu den Räucherkammern, in deren unterem heißen Teil die Kochwürste schmelzen, während die zarte Teewurst oben in milderem Klima atmet. Diebauchige Bierwurst, rosa Teewurst, weiße und graue Leberwurst, gelbrotsbraune marmorierete Kochsalami und all die anderen Hartwurstwaren wandern dann in den Verpackungsraum, um auf dem Hof in Lastwagen geladen zu werden, die die fertigen Fleischpakete nach Berlin entsenden.

Ein neues Drama von Paul Bader. Paul Bader, der uns Berlinern noch durch sein sozialistisches Bühnenwerk in guter Erinnerung ist, hat ein neues Schauspiel geschrieben, das im Freiwaldener Stadttheater mit bestem Erfolge aufgeführt wurde. Es heißt „Verluntene Welt“ und gibt naturwahr gezeichnete Bilder der Welt von heute: starke Kontraste einer verfallenden Gehimratsfamilie und eines aufsteigenden Schleglers. Dazwischen der Mann, der sich zur eifigen Arbeit bekennt. Die Typen einer hoch angeworbenen Konvention sind nicht minder scharf beobachtet wie die Vertreter des Neuen im guten wie schlechten Sinne.

Der späte Winter. Das nach langen Monaten sehr milde Witterung erst um die Februartwende eingetretene Frostwetter erwies sich als ziemlich überdauernd und bringt uns nach kurzer Zeit den Winter, den man schon so gut wie überwunden glaubte. Allerdings hat sich, vom deutschen Nordosten abgesehen, wo auch in den letzten Tagen sehr erhebliche Schneemengen gefallen sind, der Frost in mittleren Breiten gehalten und nur vereinzelt 10 Grad Wärme erreicht. Die Widerstandskraft der winterlichen Witterung dürfte sich erhalten, solange auch in Skandinavien noch strenge Kälte herrscht, wo allerdings im Norden des Landes, bis zu 36 Grad Wärme vorstommen sind. Dagegen ist es in West- und Südeuropa fast ununterbrochen mild geblieben; nur an der Ostküste Englands und Schottlands haben starke Schneefürne stattgefunden. Eine wesentliche Verschärfung der derzeitigen Kälte ist allerdings nicht wahrscheinlich.



## Severing über den Ruhekampf.

Aus der Rede, die der Minister des Innern, Gen. Severing, auf dem Verbandstag der beiden preussischen Polizeibeamtenverbände hielt, ist noch folgendes nachzutragen. Der Minister führte im einzelnen aus:

Ich habe der Einladung, Ihrem Verbandstage als Vertreter der preussischen Zentralbehörde beizuwohnen, gern Folge geleistet, in der Hoffnung, dass der Vorstehende seinen Ausdruck gegeben hat, dass uns in diesen schwierigen Wochen und Monaten, die uns noch bevorstehen — und darüber hinaus selbstverständlich — nicht ein so guter Bundesgenosse sein kann, als die festgefügte Organisation aller Schichten des deutschen Volkes (Bravo!), nicht zuletzt eine festgefügte Organisation der Polizeibeamten. (Bravo!) Wenn jetzt durch Willkür des französischen Militarismus am Rhein und an der Ruhr die Epochen der politischen Formationen ausgewiesen und verhasst werden, dann gibt es keinen festeren Kitt, die Polizeibeamtenschaft zusammenzuhalten, um sie nicht als einzelne ganz wehrlos und wehrlos erscheinen zu lassen, als die Organisation. (Sehr richtig! und Bravo!) Ich bin erfreut darüber, dass wir neben den gewaltigen Organisationen der Transportarbeiter, der Bergarbeiter, auch eine festgefügte Organisation der Polizeibeamten in Essen, Recklinghausen, Gelsenkirchen und an anderen Orten gehabt haben. (Bravo!)

Wenn ich heute Ihnen, Kameraden, die besondere Anerkennung der Staatsregierung ausspreche, so bringe ich mich, die Verpflichtung zu erfüllen angesichts der vielen Stimmen aus dem Auslande, die Ihre Tätigkeit nicht nur anerkennen, sondern geradezu bewundern.

Ran hat versucht, gerade die Schutzpolizisten in den letzten Tagen an der Ruhr

### zur Kapitulation zu bewegen.

Der General Journer in Essen hat mit dem Vertreter der Stadt und den übrigen lebenden Spitzen der Schutzpolizei verhandelt, um die Schutzpolizei zu Nachtwächtern herabzudrücken (hört, hört!), zu Nachtwächtern im besten Sinne des Wortes. Ein Nachtwächter braucht durchaus nicht das Jerebild zu sein, dessen man sich in spöttischer Weise bedient, aber das, was Ihnen zugemutet wurde, Ihren Dienst in Joll zu versehen mit einer Armbinde und einer Nummer, das wäre nichts anderes, als die schimpflichste Art des Nachtwächterdienstes. (Lebhafte Zustimmung und Pfuirufe!) Es ist selbstverständlich, dass diese Zumutungen abgewiesen worden sind, dass gestern Abend noch in später Stunde die zuständigen Provinzialbehörden Weisung bekommen haben, unter keinen Umständen den französischen Gewalthabern irgendeine Konzession zu machen. (Beifall.) Sie unter die Befehle junger französischer Offiziere zu stellen, nur um die Erlaubnis zu bekommen, einige blaue Mannschaften der Polizei wieder in den Dienst stellen zu können, dazu sind uns die jungen französischen Offiziere zu grün und wir nicht blau genug. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.) Es ist selbstverständlich — ich betone das noch einmal —, dass die Polizeibeamten ihre Ehre dorein legen müssen,

### an der Spitze der Abwehrbewegung

zu stehen und sich nicht zum Nachtrab degradieren zu lassen. (Sehr richtig!) Wie die Dinge sich im einzelnen gestalten werden, das kann ich selbstverständlich hier heute noch nicht voraussagen. Und selbst wenn ich mir über die Technik des weiteren Polizeidienstes schon im klaren wäre, würde ich es hier nicht sagen können.

Besonders liegt mir daran, dass ein Punkt Ihrer Tagesordnung zu dem Abschluss gelangt, von dem der Herr Vorstehende schon sprach, dass er endlich zur Vereinigung aller Polizeiorganisationen führe. (Beifall.) Ich glaube, wenn es noch Polizeibeamte gab, die in letzter Zeit der Meinung waren, man könnte nebeneinander marschieren und vereint schlagen, dass die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet diesen Beamten mit aller Deutlichkeit die Lehre eingebläut haben, dass nur der festeste Zusammenschluss uns aus den schwebenden wirtschaftlichen Wägen der nächsten Zeit retten kann. (Sehr richtig!) Möge gerade dieser Verbandstag ein Markstein in der Geschichte Ihrer Organisation sein! Möge von diesem Tage an eine neue Epoche in Ihrer Tätigkeit beginnen, von der man sagen kann: die wirtschaftliche Organisation der Polizeibeamten ist jetzt zu einer Macht geworden, die im politischen Leben dem ganzen Volke, im wirtschaftlichen Leben dem einzelnen Mitgliede nur zum Segen gereichen kann. „Glück auf!“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ueber den weiteren Verlauf der Tagung berichten wir an einer anderen Stelle des Blattes.

Das gesprochene Reichstagsprotokoll. Seit Mittwoch befinden sich im Reichstags rechts und links von der Rednertribüne zwei Schalltrichter. Sie stellen die sichtbarsten Teile eines Aufnahmeapparates dar, der — Telegraphon genannt — die Reden auf eine Walze überträgt und so reproduzierbar macht. Der Stenograph kann irren, das Telephon nicht, von jetzt ab sind die Verhandlungen wirklich als vollständige Dokumente mit dem Stimmklänge der Redner niedergeschrieben und für die Dauer konservierbar. Der Präsident und die Abgeordneten können sich darauf berufen: kein Zwischenruf geht hier verloren. Wer geschwänzt hat, kann durch das Telegraphon alles nachholen, und nichts steht im Wege, dass man zu Hause den Reichstagsbericht abhört.

Zusammen mit dem Kinematographen kann jetzt jede wichtige Reichstagsführung in Bild und Wort naturgetreu für die Reichweit festgehalten werden. Aber die Stenographen und die Berichterstatter werden dadurch nicht entronnen. Die Kunst der Zusammenfassung und der Herausarbeitung des Wichtigen, das Erfassen der Stimmungen und die Unterpünktung in einen lesbaren Artikel wird wichtiger (und selber auch seltener), je mehr die Möglichkeiten der mechanischen Wiedergabe sich verbessern.

Das eingemauerte Weibchen. Auf Sumatra, Borneo, Java und Malakka lebt ein abenteuerlich aussehender Vogel, welcher einem großen, hornartig aufwärts gebogenen Kiefer am Oberlippenrand den Namen Roshornvogel verdankt. Der abwärts geträumte Schnabel selbst ist außerordentlich lang und mächtig entwickelt, dafür aber aus überaus leichtem Material aufgebaut. Dieser Vogel hat die sonderbare Gewohnheit, sein Weibchen während der Brutzeit in einer Baumhöhle mit Erde oder Lehm vollständig einzumauern. Er legt nur eine ganz kleine Öffnung bestehen, durch die das brütende Weibchen gerade sein Schnabelende stecken kann, um die Nahrung zu nehmen, die das Männchen steifig überträgt. Später wird dann selbstverständlich diese einseitige Kinderkammer wieder erbrochen; das brütende Weibchen ist natürlich in keinem Gefängnis gegen alle Feinde glänzend geschützt. — Ein einheimischer Rostervogel, unser Reiber, besitzt übrigens eine Gewohnheit, die ein wenig an den Roshornvogel erinnert; er mauert die Öffnung seiner Nisthöhle ebenfalls mit Lehm zu und lässt ein Loch gerade so groß bestehen, dass er noch bequem aus- und einschlüpfen kann.

Vortragsabend. Helma Gim spricht in Gemeinschaft mit Herbert Stroh am Freitag, 1/8 Uhr, im Reformatorium, Brüderstraße 13, I. Wägen und Sagen von Hader, Kappeler und Wullstahl. Freiwiliger Untertan-Beitrag.

Die Entlassungen im Deutschen Oberhause. Durch verschiedene Tagesblätter geht in den letzten Tagen die Nachricht von einer Massenentlassung der Festonale im Deutschen Oberhause. Demnach sind 65 Festonale, die am 1. April 1922 durch die Reichsregierung entlassen wurden, am 1. April 1922 durch die Reichsregierung entlassen worden. Diese Entlassungen sind durch die Reichsregierung entlassen worden, die am 1. April 1922 durch die Reichsregierung entlassen wurden.

Weldauschreiben für plattdeutsche Lieder. In Weldauschreiben für die drei besten Kompositionen plattdeutscher Lieder für plattdeutsche Chor erzählt der „Weldauschreiben Verband“. Der plattdeutsche Volksliedersang soll auf diese Weise belebt werden. Die Entlassung soll bis 1. April mit Kennwort und Abänderung im verflochtenen Briefwechsel an den Allgemeinen Plattdeutschen Verein Gamburg 90, Abendreichweg 50, erfolgen.

## Der Abwehrkampf der Beamten.

Die zentrale Vertretung der Angestellten und Arbeiter sämtlicher Finanz- und Zollbehörden des Reiches, der Hauptbetriebsrat beim Reichsfinanzministerium hat sich mit der Ruhrbesetzung beschäftigt und einstimmig eine Entschliessung zu dieser Frage angenommen. Es wird darin gefordert, die Arbeitnehmer der Reichsfinanz- und Zollverwaltung haben in Erfüllung ihrer Aufgaben dafür Sorge zu tragen, dass keine Einnahmen des Reiches den Besatzungsbehörden in die Hände fallen. Jede Unterstützung derselben hat zu unterbleiben. Die Angestellten und Arbeiter werden aufgefordert, nur den Weisungen der Reichsregierung und ihrer bevollmächtigten Organe Folge zu leisten. Von der Reichsfinanzverwaltung erwartet der Hauptbetriebsrat, dass alle Bediensteten in den besetzten Gebieten, die im Dienste des Reiches den Anordnungen der Besatzungsmächte Widerstand entgegensetzen, voller Ersatz für alle ihnen aus dieser Haltung entstehenden Schäden gewährt werde. Weiter wird erwartet, dass beschlagnahmte oder ausgesprochene Rindigungen und Entlassungen aus Anlass der Uebernahme von Verkehrsbeamten im Gesamtbereich der Reichsfinanzverwaltung zurückgestellt oder rückgängig gemacht werden.

Vom Zentralverband der Angestellten erfahren wir, dass das Reichsfinanzministerium bereits sämtliche Rindigungen in den besetzten und angrenzenden Gebieten zurückgenommen hat. Ueber die Aufhebung von Entlassungen im übrigen Reichsgebiet wird in den nächsten Tagen eine Oberbesprechung stattfinden, um eine einheitliche Regelung für alle Reichsressorts herbeizuführen.

### Besatzung und Schutzpolizei.

Essen, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Rattenfeldt erschien heute nachmittag eine französische Abteilung unter Führung eines Generals vor dem Rathaus, wo der Kommandeur der Schutzpolizei nach der Besetzung des Polizeipräsidiums in Essen den Dienstbetrieb wieder aufgenommen hatte, und forderte von dem stellvertretenden Kommandeur, Major Wagner, die Herausgabe sämtlicher Waffen der Schutzpolizei. Wagner wurde als Geisell mitgeführt.

In Dortmund sind heute mittag der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Daniel, und ein Polizeihauptmann verhaftet worden. In Recklinghausen sind heute nachmittag zwei weitere, am 13. Februar bei der sogenannten Strafexpedition in Gelsenkirchen festgenommene und abgeführte Polizeibeamte wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Essen, 21. Februar. (Mit.) Regierungspräsident Gröhner hat dem Oberbürgermeister und dem Landrat in Essen die Bildung von Ersatzformationen für die entwaffnete und aufgelöste Schupo untersagt. Die Beamten der Schupo, die wohnungslos geworden sind, da die Franzosen die Segeroth-Vorstadt und das vorübergehend bezogene Quartier in der Reilbahn besetzt hatten, werden nunmehr in Privatquartieren untergebracht.

### Unter der Diktatur der Reitpeitsche.

Düsseldorf, 21. Februar. (Mit.) Ein Unterprimaner, der mit Freunden über die Strafe ging, streifte im Gedränge den Arm eines französischen Offiziers. Der Offizier drehte sich um und schlug mit seiner Reitpeitsche dem jungen Mann so ins Gesicht, dass dieser noch am andern Morgen Blut im Munde hatte. Der Offizier ging, ohne ein Wort zu sagen, weiter. Nach Aussage des Schillers und der Zeugen war nichts geschehen, was den Offizier herausgefordert hätte.

In der Steinstraße wurde ein deutscher Polizeibeamter von einem belgischen Offizier ohne Grund mit der Reitpeitsche mißhandelt. Einer Feststellung seiner Personalien entzog sich der Belgier.

Bochum, 21. Februar. (Eco.) Die für gestern Abend angelegte Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ im Bochumer Stadttheater wurde durch die Franzosen verhindert. Unmittelbar vor Beginn der Aufführung drangen Truppen in das Gebäude und zwangen das Publikum zum Verlassen des Theaters. Der Vorplatz war von Infanterie und Tanks besetzt. Das Publikum räumte das Theater unter Singen patriotischer Lieder.

Wetter, 21. Februar. (Mit.) Wie jetzt bekannt wird, ist der Arbeiter Drees, der von französischen Soldaten schwer verwundet worden ist, gestorben.

## Reichsbankkredite und Diskontsatz.

Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates. Nach den einleitenden Ausführungen eines Vertreters der Reichsbank sollen Kredite nicht zu wirtschaftlich schädlichen Zwecken, z. B. zur Devisenspekulation oder zur spekulativen Warenauffkapelung, dienen. Daher sind durch Verfügungen an die Reichsbankstellen die Kredite auf das notwendigste Maß beschränkt worden. In der Erörterung regten Arbeitervertreter an, den Diskontsatz zu erhöhen, da er mit 12 Proz. gegenüber einem Zinssatz zwischen 50 und 90 Proz. bei Privatbanken einen Anreiz für unberechtigte Kreditgeluche und eine bequeme Gewinnspanne für die Banken bilde. Auch die Bildung einer Devisenzentrale wurde gefordert, wodurch nicht nur die Spekulation unmöglich gemacht, sondern auch die Möglichkeit geboten würde, die Einfuhrerträge nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu prüfen. Die Vertreter der Arbeitgeber traten für eine starke Förderung der Ausfuhr zur Schaffung von Goldreserven ein. Der Kreditbedarf der Wirtschaft für eine angemessene Rohstoffversorgung müsse unbedingt befriedigt werden. Gleich den Arbeitgebervertretern widersprach auch ein Vertreter der Gemeinden einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts, weil das die Finanzlage und die Lebensmittellieferung der Gemeinden gefährde.

## Die Steuerberatung.

Der Steueraussschuss des Reichstags begann Mittwoch die zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steueretzen. Im Einverständnis mit der Reichsregierung soll nach den Anträgen des Unterausschusses die

### Kapitalertragssteuer teilweise suspendiert

werden, weil die Erhebungskosten in keinem Verhältnis zu dem Aufkommen stehen. Als Ausgleich soll die Körperschaftsteuer von 15 auf 25 v. H. erhöht werden. Die Sozialdemokraten erhoben lebhafteste Bedenken gegen die Suspendierung der Kapitalertragssteuer. Hier werde die Besteuerung an der Quelle beseitigt, was nicht gerade günstig wirken werde, auch außenpolitische Bedenken sprechen dagegen. Die Sozialdemokraten sind für Vereinfachung der Steuererhebung; sie aber jetzt und nur teilweise durchzuführen, sei oder nicht angebracht. Sie müssen sich deshalb die endgültige Stellungnahme zu diesen Anträgen vorbehalten, bis sich ihre Tragweite übersehen lasse. — Die Anträge des Unterausschusses wurden gegen die Stimmen der Linken angenommen. Bei den beantragten

### Änderungen zum Vermögenssteuergesetz

wieslen die Sozialdemokraten darauf hin, dass es unbillig sei, wenn die Bewertung weit zurückbleibe hinter dem tatsächlichen Vermögen. Die verjüngte Auseinanderziehung des Tarifs im Verhältnis zu den

Bewertungsgrundlagen lasse alles beim Alten. Die Sozialdemokraten könnten diese Vorlage unter keinen Umständen annehmen und würden auch im Plenum mit aller Schärfe gegen diese Steuerpolitik vorgehen. Ebenso sei ihre Haltung abhängig von der beabsichtigten Aufhebung des Bankgeheimnisses und des Depotzwanges. Diese Erklärung veranlasste den Ausschuss zur Zurückstellung der Beratung über den Tarif bis zur Beratung der Bewertungsgrundlagen. Ein Antrag der Demokraten, die sogenannte Schachtelgesellschaften von der Vermögenssteuer zu befreien, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag der Deutschnationalen, Anwendungen für gemeinnützige und mildtätige Zwecke, die jetzt mit 5 v. H. zur Vermögenssteuer herangezogen werden, vollständig steuerfrei zu lassen.

### Angenommen wird ein Antrag über die

### steuerliche Entlastung der freien Berufe.

Danach wird dem § 13 ein Absatz 4 eingefügt, der besagt: Zur Abgeltung der nach Abs. 1 Nr. 3, 5 und 5a des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge dürfen Angehörige freier Berufe (§ 9 Nr. 2) bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 zwanzig v. H. des steuerfreien Einkommens, höchstens aber 80 000 M. vom Gesamtbetrage der Einkünfte in Abzug bringen.

## Die englisch-französische Grenzberichtigung.

### Fragen und Antworten im Unterhause.

London, 21. Februar. (Mit.) Bonar Law teilte im Unterhause auf eine Anfrage Bedgwoods bezüglich der zwischen der britischen und der französischen Regierung getroffenen Grenzberichtigung in der britischen Zone mit. Letztere Transporte in irrtümlicherweise Teile des britischen besetzten Gebietes seien unter französischer Kontrolle gestellt worden. Bedgwood fragte den Premierminister, ob er der Ansicht sei, dass dieses Zugeständnis an die französische Regierung unter dem Begriff stiller Neutralität falle. Bonar Law erwiderte: Ja wohl.

Ramsay MacDonald fragte hierauf: Ist die Lage die, dass ein Teil unseres besetzten Gebietes jetzt an Frankreich übertragen worden ist oder ist der Teil immer noch unter britischer Kontrolle und wird von Frankreich gebraucht? Bonar Law erwiderte: Es ist ein Gebietsteil, der von uns nominell besetzt ist, wo wir aber tatsächlich niemals irgendwelche Truppen gehabt haben. Wir haben ihn einfach den Franzosen übergeben.

Burt fragte hierauf, ob irgendeine Bestimmung im Versailles Vertrag bestünde, die die alliierten Regierungen ermächtigte, besetztes Gebiet auszutauschen. Bonar Law erwiderte: Soweit ich weiß, macht der Versailles Vertrag keinerlei Beschränkungen bezüglich der Besetzung durch irgendeine bestimmte Macht. Das Gebiet war einfach von den Alliierten zu besetzen.

Oberst Bedgwood fragte, ob es Tatsache sei, dass die deutschen Beamten auf der Eisenbahnlinie durch Franzosen ersetzt worden seien. Bonar Law erwiderte, er könne dies nicht sagen. Bedgwood fragte ferner, ob die britische Regierung irgendwelche Schritte tue, um ein engeres Zusammenwirken mit der amerikanischen Regierung in der Frage betreffend das Ruhrgebiet zu erreichen. Bonar Law erwiderte, es sei nicht möglich, irgendeine Mitteilung über diese Frage im gegenwärtigen Augenblick abzugeben.

## Belgisch-französische Konferenz.

### Volle Einigkeit der beiden Regierungen.

Paris, 21. Februar. (Mit.) Die Verhandlungen, die der belgische Ministerpräsident Theunis heute nachmittag mit Poincaré und einigen französischen Ministern führte, waren um 6,45 Uhr beendet. Marshall Foch sowie die Generäle Wengand und Suat haben den Beratungen beigewohnt. Theunis wird morgen vormittag die Rückreise nach Brüssel antreten.

Nach Schluß der Konferenz wurde folgendes offizielles Kommuniqué ausgegeben: Der belgische Ministerpräsident Theunis hat heute mit dem französischen Ministerpräsidenten und den Ministern für Finanzen, Krieg, öffentliche Arbeiten und besetzte Gebiete, sowie mit Marshall Foch über alle die Besetzung des Ruhrgebiets betreffenden Fragen verhandelt, namentlich über die Fragen der Ausfuhrerlaubnis, der Taxen und Abgaben, des Verkehrs und der Währung. Auch wurden neue Maßnahmen berührt, die im Falle der Fortsetzung des deutschen Widerstandes ergriffen werden sollen. Wiederum hat sich, so schließt das Kommuniqué, die volle Einigkeit der beiden Regierungen über alle Fragen ergeben.

## Polnisch-litauischer Grenzkonflikt.

Vor einiger Zeit hatte der Völkerbundrat beschloffen, die neutrale Zone zwischen Polen und Litauen im Winogebiet durch eine Demarkationslinie zu ersetzen und die beiden Teile der bisherigen neutralen Zone Polen und Litauen zur Besetzung zu überweisen, ohne daß der künftigen Besitzverteilung dadurch vorgegriffen werden soll. Litauen protestierte sofort gegen diese Entscheidung. Polen hat das ihm zugewiesene Gebiet durch Polizei und Grenzschutztruppen besetzt, die aber auf litauischen Widerstand gestoßen sind. Der polnische Vertreter beim Völkerbund hat an den Völkerbundsrat ein Telegramm gerichtet, worin über die Beteiligung litauischer Heeresangehöriger an den Freischaren und über die Unterstützung derselben durch die litauische Regierung Beschwerde geführt wird. Die polnische Presse ergeht sich in heftigen Angriffen gegen Litauen, das auf die Unterstützung Sowjetrußlands reche und eine herausfordernde Haltung einnehme; nur der polnische Friedenswille verhalte die Verwicklungen, doch sei es an der Zeit, daß die Großmächte Litauen Einhalt gebieten. Nach polnischen Meldungen haben die Litauer ihrerseits den ihnen zugesprochenen Teil der neutralen Winno-Zone militärisch besetzt.

### Rußische Intervention im Winno-Konflikt.

Moskau, 20. Februar. (Mit.) Tschicherin hat an die polnische Regierung eine Note gerichtet, die erklärt, die Verwicklungen in der Winno-Frage beunruhigten die Sowjetregierung. Gemäß dem Rigaer Vertrag unterlägen alle Streitfragen zwischen Polen und Litauen lediglich der Entscheidung dieser beiden Staaten; die Hinzuziehung einer dritten Partei, zumal des sogenannten Völkerbundes, der von Sowjetrußland nicht anerkannt sei, widerspreche dem Rigaer Vertrage, demzufolge u. a. die Festlegung einer Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen nur auf Grund einer polnisch-litauischen Verständigung zulässig sei. Die Sowjetregierung habe die Befürchtung, daß der Bergisch auf dieses Prinzip den Frieden bedrohe, an dem die Sowjetrepublik unmittelbar interessiert sei, und hoffe, daß die polnische und die litauische Regierung den Streit in freundschaftlicher Weise schlichten würden. Zum Schluß spricht die Note die Bereitschaft der Sowjetregierung aus, bei der Beilegung des entstandenen Konfliktes mitzuwirken.

### Artillerieangriff an der polnischen Grenze?

Warschau, 21. Februar. (Poln. Telegr.-Agentur.) Aus Winno wird gemeldet: Regulare litauische Abteilungen haben die polnische Grenze im Walde Podkamin mit schwerer Artillerie beschossen.



# Gewerkschaftsbewegung

## 5. Ausschussführung des ADGB.

Die am 16. und 17. Februar abgehaltene Sitzung beschäftigte sich mit der Befehung des Ruhrgebiets und mit den verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der durch diese gefährdeten Arbeiter. Aus der sehr eingehenden Aussprache ging hervor, daß die überwiegende Mehrheit des Ausschusses mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden war.

Die vom Metallarbeiterverband unternommene Sonder-Unterstützungsaktion wurde in der Aussprache von den Vertretern der übrigen Verbände allgemein verurteilt, desgleichen die der Berliner Gewerkschaftskommission.

Ferner wandten sich zahlreiche Redner gegen die ohne Rücksprache mit dem Bundesvorstand in Deutschland unternommene Vortragsreise des Genossen Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, in Verhandlungen darüber mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu treten. Sodann wurde über

den wilden Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik verhandelt. Von Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes wurde betont, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, die wegen der Teilnahme an dem kommunistischen Betriebsrätekongreß Entlassenen wieder in den Betrieb hineinzubringen, daß der Streik aber eigentlich nur dazu benutzt werden sollte, diesem Kongreß nachträglich zu etwas von der Bedeutung in den Augen der Arbeiterschaft zu verhelfen, die seine Veranstalter ihm verliehen wollten und die er trotz all ihren Anstrengungen nicht erhielt. Gewünscht wurde, daß die Arbeiter, die mit derartigen wilden Streiks nicht einverstanden sind, solchen gewalttätigen Minderheiten, wie sie in diesem Streik auftraten, mehr Widerstand leisten möchten. Nach gründlicher Aussprache wurde gegen vier Stimmen folgende Entscheidung angenommen:

Es kann nicht gebilligt werden, daß bei einem wilden, ohne Zustimmung der verantwortlichen Gewerkschaftsleitung oder gar gegen deren ordnungsmäßige Entscheidung eingeleiteten Streik Unterstützung geleistet wird.

Die vom Bundesauschuss im September 1922 auf Grund der Ermächtigung des Leipziger Gewerkschaftskongresses beschlossenen Streikregeln haben den Zweck, unorganisierte Streiks, die immer zum Nachteil der Arbeiterschaft auslaufen müssen, zu verhindern.

Der Bundesauschuss bedauert, daß bei dem wilden Streik in Ludwigshafen von einzelnen Verbänden nicht nach den Bundesregeln vorgegangen worden ist.

Zur Verhandlung über den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die Finanzlage der Gewerkschaften“

waren auch die Kassierer der Verbände geladen. Es handelte sich hauptsächlich um Sicherung des Vermögens der Verbände gegen weite Entwertung. In Verbindung hiermit wurde über die baldige Eröffnung des im Vorjahre bereits beschlossenen Bankunternehmens der Gewerkschaften Beschluß gefaßt.

Der Bundesbeitrag wurde rückwirkend bis zum 1. Januar 1923 vorläufig auf monatlich 6 M. für jedes männliche und 4 M. für jedes weibliche Mitglied festgesetzt. Wenn der Bundesvorstand im laufenden Vierteljahr höherer Mittelbedarf als nach diesen Beitragsätzen vorsehen sind, so soll er beauftragt sein, neben dem laufenden Beitrag eine Kontozahlung auf die folgenden Beiträge zu erheben.

### Streikwille der Afa-Metall-Funktionäre.

Im überfüllten großen Saale des Lehrervereinshauses nahmen außerdem im Beisein von Vertretern der Hauptverbände die Afa-Funktionäre der Metallindustrie den Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium entgegen. Der Schiedsspruch bringt ein völlig ungenügendes Gesamtergebnis und zeigt besonders, daß die Entscheidung die Wünsche der Arbeiter, die Löhne der Jugendlichen „abzubauen“, also sehr berücksichtigt. Brachte die Verhandlung am Freitag diesen Gruppen wirklich noch eine Erhöhung, so würde diese durch die Vorentscheidung fastgeleitet und dann eintretende sogenannte „Differenzierung“ in Wahrheit einen Lohnabbau bedeuten. Bei solcher Sachlage war es erklärlich, daß die eindrucksvoll verlaufene Versammlung einstimmig den Schiedsspruch ablehnte und die Urabstimmung empfahl, die heute und morgen in den Betrieben durch Stimmgabel: „Annahme“ oder „Ablehnung“ erfolgt und Sonnabend vormittag 9 Uhr geschlossen wird. Die „Ablehnung“ bedeutet Zustimmung zum Streik.

Im übrigen erfolgt die Abstimmung nach den Richtlinien des Afa-Bundes. Die Entladung dieses aufs äußerste zugespitzten Konfliktes in der gegenwärtigen Situation scheint durch das Verhalten der Unternehmer unabwendbar geworden zu sein, wenn diese auf ihrem Standpunkt beharren und dieser etwa durch einen neuen Schiedsspruch noch weiter gestützt wird.

### Gescheiterte Lohnverhandlungen im Tapezierergewerbe.

Die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern am 20. Februar sind gescheitert, da die Arbeitgeber bestritten, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist. Sie glauben die trotz dem Dollarrückgang eingetretene Verteuerung mit einer Zulage von 15 Proz. genügend ausgeglichen. Der Verhandlungsausschuss war es unmöglich, auf dieses Angebot einzugehen. Ein Schlichtungsausschuss muß nun am Donnerstag versuchen, den Herren klarzumachen, daß, wenn eine friedliche Lösung der Differenzen erfolgen soll, eine wesentlich höhere Lohnzulage erfolgen muß. Eine Versammlung am Donnerstagabend wird zu dem Ergebnis Stellung nehmen.

### Gekündigte Straßbahner!

Die Stelle hat entschieden, daß die Kündigungen zum 20. Februar ungültig sind. Sämtliche am 20. Februar Entlassenen sind daher weiter zu beschäftigen. Weitere Nachricht durch die Organisationen. Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe.

### Bäcker und Konditoren.

In der Generalversammlung des Verbandes am Sonntag im Kriegervereinshaus erfolgte auch die Neuwahl des Vorstandes. Trotzdem die Kommunisten in den Betrieben mit Flugblättern vorgeeilt hatten und sich derzeit aufspielen, als hätten sie über die Zusammensetzung der gesamten Ortsverwaltung allein zu bestimmen, wurden sie bei der Wahl ausgeschaltet und konnten keinen Sitz im Vorstande „erobern“. Sie hatten aus ihrer Zentrale ein funkelnagelneues Ortsregulativ mitgebracht, nach dem auch die Wahlen vorgenommen werden sollten und gedachten damit die Generalversammlung zu überumpeln. Daß es so schon rein geschäftsordnungsmäßig nicht geht, wissen die Kommunisten auch; allein sie probieren es eben. Weil ihre ganze Aktion ins Wasser fiel, schimpfen sie in der

„Roten Fahne“ am Mittwoch, bezeichnet die Wahl als „Fahngewahl“ und kündigen eine neue „Aktion“ an, indem sie mit der Verdächtigung operieren, die 400 abgegebenen Stimmgabeln hätten auf ihre Kandidaten gelautet, während nur 265 von 1076 Stimmgabeln als kommunistisch gelten können. Der erste Vorsitzende Schumann wurde mit 664 Stimmen wiedergewählt, eine Zahl, die noch höher gewesen wäre, wenn nicht Anhänger der Linksdemokratie ihre Stimme für den Genossen Henschold abgegeben hätten, der nicht zur Wahl stand, da er Souleiter ist.

### Hungerkünstler.

Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben: In den „Wingerstuben“, dem bekannten Weinrestaurant in der Leipziger Straße 31, erhielten die Musiker ab 1. Januar 1923 einen Stundenlohn von 300 M. Eine Erhöhung des Stundenlohnes wurde ihnen für den Fall der schriftlichen Anerkennung eines Vertrages in Aussicht gestellt, der — vom Arbeitgeberverband im Gastwirts-gewerbe ganz selbstherrlich, d. h. ohne jede Mitwirkung der Musikerorganisation aufgestellt — als ein Meisterwerk sozialer Entrechtung angepöbeln werden muß. Sich ihrer Menschenrechte in der verlangten Weise zu entäußern, lehnten die Musiker ab. Der Unternehmer aber verharre bei seinem Verlangen, und erst das Erscheinen eines Organisationsvertreters der Musiker hat es zuwege gebracht, den Starrsinn dieses Unternehmers zu brechen. Verhandlungen mit dem Vertreter der Musikerorganisation wurden natürlich abgelehnt. Es wäre ja auch zu unangenehm gewesen, einmal die Wahrheit über diese „Lohnpolitik“ zu hören. Immerhin: der Unternehmer ging in sich. Er verlangte nach Abweisung des Organisationsvertreters von den Musikern die schriftliche Anerkennung des in Rede stehenden Schandvertrages nicht mehr und stellte seinen Musikern einen höheren Stundenlohn — in Aussicht. Diese Regelung bedeutet natürlich nicht mehr, als daß den „Wingerstuben“ in der Leipziger Straße vorerst noch eine Attraktion erhalten geblieben ist. Denn die Musiker, die dort tätig sind und bei dem ihnen gewährten Lohn in der heutigen Zeit eine Familie oder auch nur sich selbst erhalten können, sind mehr als Künstler. Es sind im wahren Sinne des Wortes „Hungerkünstler“ und seien als solche der Beachtung und Bewunderung aller Besucher der „Wingerstuben“ auf das angelegentlichste empfohlen.

### Löhne in der chemischen Industrie.

Mit dem Lohnangebot der Berliner Unternehmer der chemischen Industrie für die Zeit vom 14. bis 27. Februar befaßten sich die Funktionäre der chemischen Industrie in einer stark besuchten Versammlung am Montag. Der Berichterstatter Bentin empfahl die Annahme des Angebots. Ein Redner trat für die Ablehnung ein, da die Stundenlöhne ungenügend seien und keinen Ausgleich für die Verteuerung böten. Ihm traten Reimann und Bentin entgegen, die sich von der Anrufung der Schlichtungsinstanzen keinen Erfolg versprachen. Eine Erweiterung der Spanne der einzelnen Fachgruppen, wie sie die Unternehmer wünschten, werde man auch in Zukunft mit allen Mitteln abwehren, dazu sei über die tatkräftige Mitarbeit der in den Betrieben der Fachgruppen III und IV Beschäftigten notwendig. Entschieden müsse man sich gegen Anträge wenden, die nur einem Agitationsbedürfnis entsprängen. Schließlich wurde das Angebot mit erheblicher Mehrheit angenommen. Danach beträgt der Stundenlohn für den Vollarbeiter 1220 M., für Handarbeiter 10 Proz. mehr. Die Familienzulage beträgt 2880 M. pro Kopf und Woche. — Tarifverträge sowie Auskünfte beim Verband der Fabrikarbeiter, Engel-Ufer 24/25, Aufgang C 1.

### Schwindelhaftes Reflekt der „Nationalsozialisten“.

Die gelbe, sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei berichtet jüngst in ihrem „Völkischen Beobachter“, fast die gesamte Arbeiterschaft der Firma Drenstein u. Koppel, Wert Dre-m-wil, sei geschlossen zu ihrer Partei übergetreten, was um so bemerkenswerter sei, als diese Belegschaft bisher besonders als linksradikal bekannt gewesen sei. In sich ist es sozusagen ein ganz natürlicher Vorgang, daß die immer mehr nach links strebenden Geister schließlich bei den Gelben landen.

In diesem Falle aber war die Belegschaft jedoch niemals „radikal“, falls nicht in den Augen dieser „nationalsozialistischen“ Gesellschaft die gewerkschaftlich organisierte, für die Eringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen eintretende Arbeiterschaft als besonders radikal gilt. Was es mit dem Uebertritt auf sich hat, erhellt aus folgenden Ziffern. Bei der Urabstimmung über die Annahme des Schiedsspruchs Ende Januar, woran nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teilnehmen konnten, wurden für die freien Gewerkschaften 1300, für den Gewerksverein Hirsch-Dunder 300 Stimmen abgegeben. Die Betriebsorganisation „Union“ mit circa 100 Mitglieder hat, da sie nicht Tarifkontrahent ist, an der Abstimmung nicht teilgenommen. Da die Abstimmung nur über 8 Stunden ausgedehnt werden konnte, sind mindestens 20 Prozent der Belegschaft von der Abstimmung nicht erfaßt worden. Durch Krankheit, Ausgehen, Schicht usw. sind also mindestens 400 Personen zur Zeit der Abstimmung nicht im Betrieb zugegen gewesen. Lehrlinge, Arbeitsburschen, Laufmädchen, Besondere usw. sind etwa 500 im Betrieb. Die Belegschaftsstärke beträgt 2700, so daß mit ungefähr 100 Arbeitern gerechnet werden kann, die keiner oder jetzt vielleicht der Nationalsozialistischen Partei angehören. Da aber diese Radikalen nur in der Verweigerung der ziffernmäßig erhöhten Gewerkschaftsbeiträge ihren Radikalismus bekundeten und ihn so welt trieben, daß sie ihrer Organisation den Rücken kehren, um „die hohen Beiträge“ zu sparen, ist es ziemlich fraglich, ob sie der Gelbenpartei die geforderten fünf Goldpfennige, etwa 250 M. monatlich, zahlen werden. Wenn sie Beiträge zahlen, für ihre Sache ein geringes Opfer bringen wollten, dann brauchen sie wirklich nicht erst radikal geiz zu werden. Allein bei derartigen Parteigebliden, die auf Kosten der Gesamtheit schmarozhen und die Unternehmer um die nötigen Betriebsmittel andrängen, da sie ja im Interesse der Unternehmer arbeiten, finden sich stets „edelmütige“ Geldleute, die für solchen Zuwachs gern die paar Goldpfennige Beitrag auslegen. Mögen die Gelben Reflekt machen, so dürfen sie doch nicht derart schwindeln, daß sie eine ganze Belegschaft von ordentlichen Arbeitern in solcher Weise verdächtigen. Warum geben sie nicht die Zahl „fast der gesamten Arbeiterschaft“ an, die sich in ihr Lager geschlagen hat. Da neuerdings eine ganze Anzahl von Neuzugängen für die freien Gewerkschaften erfolgt, kann diese Zahl wirklich nicht so groß sein. Das feststehende schwindelt man hinzu, damit die Unternehmer tiefer in die Brieftasche greifen sollen.

### Zur Streiklage im Saargebiet.

Nach einer Mit-Meldung steht die Verhängung des Belagerungszustandes bevor, für dessen Erklärung die Plakate bereits gedruckt seien. Den Berwand bildeten die Lügenberichte der Spigel. — Die „Volksstimme“ berichtet über die Spigelwirtschaft, daß während auf jeder Inspektion zwei bis

die Grubenhüter waren, die französische Bergverwaltung auf jeder Inspektion einen „Nachrichtendienst“ mit 20 bis 30 Spigeln unterhält. In der Spitze jeder Inspektion steht der Garb-General (Oberwächter), der die Befehle an die Grubenhüter gibt. Über selbst die Tagesberichte dieser Grubenhüter müssen zugeben, daß „alles ruhig und in Ordnung“ ist. Ein Bericht sagt:

„12. Nachigang. Heute nichts Neues. Daß man Kohlen gestohlen hat und Revolverschüsse abgegeben haben soll, ist nicht wahr. Alles in Ordnung.“ Offenbar werden aber auch Berichte gemacht, wie sie die Bergverwaltung und die „arbeitstollen“ Militärs zu ihren Zwecken gebrauchen.

Die Regierungskommission sah sich bemüht, ohne jegliche Be-anlassung auf den § 1 der Polizeierordnung des Oberpräsidenten vom 13. Februar 1911 besonders hinzuweisen, wonach die polizeilichen Aufsichtsbeamten für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung Sorge zu tragen haben. „Es darf daher nicht geduldet werden, daß Streikposten Säcke und Hunde mit sich führen, um (!) Arbeitswillige anzuhaken, nach ihrem Ausweis zu fragen. Das Zusammenstehen oder Zusammengehen von mehr als zwei Streikposten darf nicht geduldet werden.“ — Streikposten werden vom Militär angehalten und vertrieben.

Die Regierungskommission hat eine Eingabe des Bezirkssekretariats des ADGB auf Erhöhung der Erwerbslosen-unterstützung abgelehnt, weil der Marktumsatz am 10. Januar 1923 derselbe gewesen sei wie jetzt. Dabei sind jedoch die Preise inzwischen gewaltig gestiegen. Der Regierungskommission war Material geliefert, wonach Anfang Februar eine vierköpfige Familie im Saargebiet 19133 M. zur Bekleidung des Christenminimums gebrauchte, während die Erwerbslosenunterstützung nur drei Prozent dieses Betrages ausmacht. Trotzdem die Streikenden sich immer wieder bereit erklärten, alle zur Berrichtung von Rost-standsarbeiten erforderlichen Arbeitsträfte zu stellen, verweist der ablehnende Bescheid darauf, daß die etwa 6000 Arbeitslosen infolge Unterbrechung des elektrischen Stromes wieder in Arbeit gebracht werden könnten, wenn die Streikenden dafür sorgten, den Betrieb in den elektrischen Zentralen aufrechtzuerhalten. In Wirklichkeit möchte man die Streikleitung dem Kommando der Grubenverwal-tung unterstellen. Genosse Kimmrich, der zu der Ablehnung einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Stellung nimmt, bemerkt dazu u. a.:

„Der Regierungskommission müßte es schon selbst darum zu tun sein, die bösen Jungen zum Schweigen zu bringen, die da behaupten, die Regierung suche nur nach einem Vorwand, um nach der rühmlichst bekannten französischen Methode, die sich drastisch in den blutigen Streikunterdrückungen der Jahre 1834, 1848, 1871, 1891 usw. widerspiegelt, auch im Saargebiet die „Ordnung“ wiederherzustellen. Wir glauben nicht, daß die Regierungskommission so schlecht beraten ist, daß sie diese französische Tradition zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung auch im Saargebiet als der Weisheit letzten Schluß zur Anwendung zu bringen gedenkt.“

Frankreich, Deutschland und die übrige Welt brauchen Kohlen. Diese Lasten darf nicht außer acht gelassen werden. Bajonette und Maschinengewehre sind aber nun einmal für den Bergbau ein gänzlich untaugliches Gezähe. Schaufeln und Hacken von arbeits-freudigen Menschen gehandhabt, sind die unerlässlichsten Vorbedin-gungen einer segensreichen Förderung. Die Ereignisse im Ruhr-gebiet predigen diese Lehre mit größter Eindringlichkeit.“

Das Lohnabkommen im Baugewerbe für die zweite Februar-hälfte ist von allen beteiligten Organisationen angenommen worden. Die Auszahlung erfolgt erstmalig morgen Freitag.

Der Tageslohn der Danziger Hafenarbeiter wurde auf dem Wege der Verhandlungen mit den Arbeitgebern von 16 000 auf 24 000 M. festgesetzt. Die Sonntagsarbeit wird mit 7500 M. pro Stunde be-zahlt. Das Stiefelgeld beträgt 1300 M. pro Tag.

Die Eisenbahnerverbände im Saargebiet ersuchten die Regie-rungskommission um die Einleitung von Verhandlungen zur Er-höhung der Teuerungszuschläge für Unterbeamte und Arbeiter der Eisenbahn- und Postverwaltung des Saargebietes. Darauf hat die Regierungskommission geantwortet, daß sie den Antrag geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, daß in der gegenwärtigen Zeit Verhandlungen zu einer sachlichen Lösung der Frage wohl kaum führen dürften. Diese Antwort veranlaßte die Bevollmächtigten und die Funktionäre der Deutschen Eisenbahnerverbände, zu der Frage Stellung zu nehmen. In Anbetracht der Verhält-nisse wurde ein Streik abgelehnt.

Zentralverband der Kugelst. Polswaren: Mitglieder-Versammlung Sonntag 17 Uhr in unserem Zweigverein, Kommandantenstr. 6-4. — Reis- und Spielzeug-Gesellschaften: Mitglieder-Versammlung Sonntag 7 Uhr in Beverlands Festsaal, Reus Friedrichstr. 35.

Verantwortlich für den Text: Fritz Heiser Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchdruck u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Pindlerstr. 3. Stern 1. Blatt.



**Regelmässige Verbindung**  
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York  
durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

**NÄCHSTE ABFAHRTEN:**

President Roosevelt	28. Februar	4. April
President Arthur	7. März	11. April
President Filmore	14. März	18. April
President Hardin	21. März	25. April
George Washington	28. März	2. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Verlangen Sie Prospekte und Zeitlisten Nr. 82

**UNITED STATES LINES**

BERLIN: W 8, Unter den Linden 1;  
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Budapester Straße 5  
General-Vertretung: Norddeutsche Lloyd, Bremen

**Sie husten nun schon wochenlang**  
und haben immer noch nicht das richtige Mittel gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fagolot-Extrakt durch Aufkochen mit 1/2 Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Pastenmischung selbst herzustellen. Echter Fagolot-Extrakt ist höher erhältlich in allen Apotheken.



**Er raucht Batschari, er ist Qualitätätraucher!**



WO RAUCHEN?



Durch Groß-Berlin.

Die Gartenstadt zwischen Berlin und Potsdam. — Der 10. Bezirk (Zehlendorf).

Mit dem 10. Bezirk verlassen wir zum ersten und auch einzigen Mal den Bannkreis der großstädtischen geschlossenen Hochbauweise und gehen — auf die Dörfer. Als der dem städtischen Westen Berlins zunächst gelegene Bezirksteil tritt Dahlem auf, einst ein Teltowdorf aus alter Zeit (im Bilde die alte Kirche), später königliche Domäne, die vor etwa 15 Jahren zur Aufteilung kam. Daran schließt sich Zehlendorf, gleichfalls aus einem echten, rechten märkischen Dorf hervorgegangen, mit der vollkommen villenmäßig ausgebauten Kolonie Schlahtensee. Es folgt die 1900 mit eigener Verwaltung angelegte Villenkolonie Nikolassee und darauf die 1899 aus drei Teilen, nämlich der eigentlichen Villenkolonie Wannsee, der Villenkolonie Wilm (westlich des Wannsees) und dem uralten Dorf Stolpe, gebildete Gemeinde Wannsee. Schließlich die Gutsbezirke Pfaueninsel und Klein-Glienitz, das Gut des Prinzen Friedrich Leopold, und Potsdamer Forst. In seiner Gesamtheit bildet der 10. Bezirk gewissermaßen eine Brücke zwischen dem alten Berlin und Potsdam, an das er unmittelbar an der Glienitzer Brücke stößt. Wiewohl dem Raum nach mit 5255 Hektar der sechsfache Bezirk, hat er mit 41 000 Einwohnern die geringste aller Einwohnerzahlen der 20 Groß-Berliner Bezirke. Bezirkshauptort und Verwaltungszentrale ist Zehlendorf.

Prachtschulen und Heilanstalten.

Einer der hervorragendsten Mängel im Bezirk ist das Fehlen jeglicher direkten Verkehrsverbindung mit dem Berliner Westen, mit dem Zehlendorf wirtschaftlich und kulturell eng verbunden ist. Die Untergrundbahn bricht in Dahlem ab, die Straßenbahn in Richterfelde, und es ist nicht zuzulassen, wenn man sagt, daß die Rentabilität der Untergrundbahn und Straßenbahn erst durch eine Weiterführung bis Zehlendorf gegeben wäre. Ein weiterer Mangel ist, daß der Bezirk über kein zentrales Rathaus bzw. Verwaltungsgebäude verfügt, so daß die Bezirksverwaltung in 10 verschiedenen getrennt liegenden Gebäuden untergebracht ist. Im Gegensatz hierzu hat das alte Zehlendorf vier kommunale Monumentalbauten, und zwar durchweg Prachtschulen, von denen drei ganz besonders beachtenswert sind. Das Gymnasium von Thyrion im süddeutschen Klosterstil, die Oberrealschule von Rebes, ein frühlich stimmender roter norddeutscher Ziegelbau, das Anzeum und Oberlinzeum und die weiträumige Süd-(Volk-)Schule, die allerdings unverantwortlich weit aus dem Ort herausverlegt worden ist und nicht einmal eine Aula hat, während die höheren Schulen im Zentrum liegen. Nebenbei ist Zehlendorf der einzige Ort bzw. Bezirk, in dem die Zahl der Schüler höherer Lehranstalten mit 2600 die der Volksschulen mit 1900 bei weitem übertrifft. Ein moderner Monumentalbau ist auch das staatliche humanistische Knab-Gymnasium in Dahlem mit Internaten, das ganze mit feudalem Zuschnitt (daher auch das Spottwort Preußenschule!). Pädagogisches Revue-land blüht und gedeiht aber merkwürdigerweise an einer Stelle, an der man es kaum vermutet, nämlich in dem großen am Rand des Grünwaldes gelegenen Kruppelheim- und Erziehungsinstitut Oskar-Helene-Heim. Dort wirkt und schafft seit Jahren mit seltener Hingabe und Arbeitsfreudigkeit ein Landsmann des Stadtschulrats Paulsen, Hans W. r. h., ein durch und durch moderner Mensch. Die ärztliche Leitung der großen Anstalt obliegt dem Chirurgen Professor Dr. Bieselski. Ein anderes großes Erziehungsheim, das, wie heute das Oskar-Helene-Heim, vor Jahren viele Tausende nach Zehlendorf zog, ist durch den Krieg zum Erliegen gekommen, nämlich das von dem bekannten Pastor Ploß ehemals geleitete Erziehungsheim Urban des Vereins zur Erziehung städtischer verwahrloster Kinder. Heute befindet sich in dem Hause seiner einstigen Wirksamkeit eine sehr wichtige Reichsbehörde, nämlich die Reichsämter für Auslandschäden und für Kriegsschäden, die einen überaus zahlreichen Beamten- und Angestelltenstab beschäftigen. Ueberhaupt ist der ganze 10. Bezirk eine Stätte der großen Institute. So liegt z. B. im Ortsteil Zehlendorf an der Chaussee nach Teltow die 1854 gegründete Heilanstalt „Schweizerhof“ für schwer nervenkrante Frauen und das „Haus Schönower“ für minderbemittelte Nerventränke, ursprünglich mit einem riesigen Parkbesitz von über 100 Hektar = über 400 Morgen.

\*) Vgl. auch die Nummern 133, 145, 157, 169, 208, 230, 266, 322, 370 und 458 im Jahrgang 1922.

Infolge des durch den Krieg bewirkten Ruins vieler Schichten des Mittelstandes mußten auch diese Anstalten ihre Pforten schließen. Unweit davon liegt die nicht minder berühmte Sprachheilanstalt des Laryngologen Professor Gubmann, der aber im vorigen Jahre seinem Werk durch den Tod entzogen wurde. Weiter westlich, in Zehlendorf-West, Schlahtensee, Nikolassee und Wannsee gibt es eine große Anzahl privater Kurhäuser, Sanatorien, Pflegeheime, Pensionen, Pensionate, Kinder- und Säuglingsheime, in der Hauptsache auf zahlfähige In- und Ausländer berechnet. In Dahlem soll die gleichfalls hoch angesehene Gärtnerlehranstalt und der weltberühmte Botanische Garten nicht unerwähnt bleiben, während die mannigfachen im Laufe der Jahre nach Dahlem verlegten staatlichen Forschungs-



institute und Museen peinlich daran erinnern, daß das alte Regime leider veräußert hat, mit diesen und anderen Instituten unter Verlegung der alten Universität hier draußen eine ganz neue einzigartige Universitätsanlage zu schaffen.

Hochherrschastliche Wohnstätten.

Das hervorragendste Merkmal des Bezirks ist seine Siedlungsart. Das Einzelhaus, die Privativilla, allenfalls die Mietvilla für drei, vier Parteien herrschen vor. Im alten Ortsteil Zehlendorf sind hier und da ältere und moderne Miethäuser eingestreut. Die „hochherrschastlichen“ Einzelhäuser liegen denn auch in Dahlem und westlich vom alten Zehlendorf, nämlich in Zehlendorf-West, Nikolassee, Schlahtensee und Wannsee. In den einsamen, nur von den Motoren der Luxusautomobile durchroterten Bohnstraßen riecht es förmlich nach latter Behaglichkeit. Fußgänger sind nur „bessere Leute“, Kinder nur „höhere Schüler“, Säuglinge nur „Babys“. Man meint, wenn man hier einmal ein paar Stunden verbummelt, daß es so etwas wie Proletariat und Klassenkämpfe gar nicht geben könne. Und die Menschen, die hier wohnen, meinen das auch selber. Hier ist fast ausnahmslos alles deutschnational oder volksparteilich, hier sitzen die stärksten Widerstände gegen eine Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Dinge, von hier gingen die erbittertesten Proteste gegen ein Groß-Berlin aus. Im Schutz von Wächtern, Hundst und modernsten Sicherungsanlagen ruhen hier große Reichthümer, die die kapitalistischen Zauberkünstler aus Nationalgut in unantastbares Privateigentum verwandelt haben. Kein Wunder, daß sich solche Gemeinden jahrelang mit Händen und Füßen gegen die Verlegung von Industrie und gegen Kleinwohnungskräuberei, denn beide bringen Proletariat mit. Aber der Teltowkanal und die neue Zeit haben ihnen die Rechnung verborgen. Im Süden der alten Zehlendorfer Gemarkung geht der Teltowkanal vorbei, an dem sich große Industrien angesiedelt haben, als bekannteste die Optische Fabrik des kürzlich verstorbenen Begründers Goerz und eine Spinnstofffabrik. Man sollte meinen, daß es gerade die immer so treuherzig auf den „deutschen Boden“ hindeutenden Deutschnationalen sein müßten, die die Kleinwohnung gefördert hätten, zumal sie in Zehlendorf seit Jahrzehnten das Heft in Händen haben. Nichts geschah. Eher das

Gegehrte. Siedlung wurde bewußt und absichtlich unterbunden. In der Zeit nach dem 9. November wurde das wie durch ein Wunder anders. Und wer sich nicht genug tun kann in dem Schwärze über das, was diese Zeit mit sich gebracht hat, der soll sich die vielen tausend neuen kleinen Siedlungsstätten bei Zehlendorf ansehen. Der Bezirk ist auch der einzige, in dem eine wirklich reiche Bautätigkeit herrscht, von der man sich kaum eine Vorstellung machen kann. Natürlich nur Privatvillen der Schieber, Spekulanten und Ausländer wachsen nahezu über Nacht aus der Erde, dazu auch Siedlerhäuser, und besonders bei Dahlem am Thielplatz sind geradezu neue Wohnviertel entstanden. Eine kommunale Bautätigkeit wurde und wird in Zehlendorf nicht beliebt. Eine sehr rührige und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete gemeinnützigen Hausbaues durch genossenschaftliche Selbsthilfe (mit Staatsunterstützung) hat der Beamten-Wohnungsverein entfaltet, der in Zehlendorf zwischen der Wannseebahn und der Ragnower Chaussee eine lebenswerte Siedlung erstellt hat, die in der Tat wie ein richtiges neues Städtchen anmutet. Die neuesten, 1922 erbauten Häuser prägen in gar lustigem und frechem, buntem Farbenanstrich. Unweit dessen, drei ganze Baublocks zerschneidend und die einheitliche Baulinie hier nur zerflörend, liegt mit acht hohen, schwarzen Holztürmen die Hauptfunkempfangsstation.

Ein nationales Dorado.

Auch kommunale Wohlfahrts- und Bildungspflege, in anderen Bezirken zu achtunggebietender Höhe ansteigend, sind hier kümmerlich. Am liebsten würde man alles der privaten Wohltätigkeit überlassen. Die Volksbibliothek ist erst vor kurzem aus Privatbesitz in den der Gemeinde übergeführt worden. Ein kommunales Jugendheim ist nach dem Krieg nicht wieder eingerichtet worden. Eine sich vor drei Jahren gut anlassende Volksbühne scheiterte an der absoluten Bursigkeit jener kommunalen Kreise, die sich vor allem, was Volk heißt, betreuigen. Eine zeitgemäße Volkshausbewegung wurde vielfach im Keim erstickt. Einen neuzeitlich eingerichteten Spiel- und Sportplatz hat nur ein bürgerlicher Turnverein. Aber in Bureaus der Gemeindeverwaltung hängen noch großspurig Kaiserbilder, und die Bronzebüste Wilhelms I., die während des Krieges eingeschmolzen werden sollte, hat man verborgen gehalten und eines Nachts heimlich wieder auf ihren Sockel gestellt. Alles das wird verständlich, wenn man daran denkt, daß in der Bezirksoeffnung 5 sozialistische Bezirksoerordnete 15 bürgerlichen, deutschnationale und volksparteiliche, gegenüberstehen. Wie diese Wahlen zustande gekommen sein mögen, darüber ergeben sich interessante Schlüsse. Trotz der geringen Einwohnerzahl des Bezirks weisen nämlich die verschiedenen Verkaufsstellen des Beamtenwirtschaftsvereins unter allen Groß-Berliner Verkaufsstellen dieses Vereins die höchsten Einnahmeziffern auf. Daraus ergibt sich, daß der Bezirk in der Hauptsache von Beamten, mittleren und höheren, bewohnt wird.

Dieselben Beamten, die „Bodenreformer“ und „Genossenschaftler“ und „Mieterevölker“ sind und sein wollen, wählen die Feinde aller Bestrebungen, die deutschnationalen und die volksparteiliche. Daß unter solchen Umständen für die wenigen Sozialisten — die Verwaltung hat nur einen sozialdemokratischen Stadtrat — die Arbeit unfähig schwer ist, bedarf kaum der Erwähnung.

Die Preise ziehen wieder an.

Engroschlächter drohen der Preisprüfungs-Kommission.

Prompt mit dem leichten Steigen des Dollars ziehen auch die Preise wieder an. Jede noch so geringe Kurssteigerung wird ausgenutzt, so daß die Zustände auf dem Berliner Fleischmarkt wieder zu lebhaften Besorgnissen für die Preisbildung Anlaß geben. Nachdem am letzten Sonnabend der Dollarkurs ein Nachgeben der Preise, insbesondere für Schweinefleisch, zur Folge gehabt hatte, haben auf dem gestrigen Viehmarkt die Schweinefleischpreise eine erneute, vollkommen unverständliche Steigerung erfahren, die pro Pfund etwa 1000 M. beträgt. Das Schweinefleisch notierte gestern mit 3500 M. In einigen Fällen, in denen zu hohe Preise gefordert wurden, griff die Preisnotierungskommission ein, doch konnten die meisten Kommissionäre an Hand schriftlicher Unterlagen den Nachweis erbringen, daß sie entsprechend hohe Preise auf dem Lande bezahlt hätten. Im übrigen wird die Arbeit der Kommission sehr erschwert durch das Verhalten einer Anzahl von rabiaten Engroschlächtern, die sich nicht scheuen, die Kommissionsmitglieder, insbesondere die Vertreter der Ladenschlächter, mit unfähigen Beschimpfungen und Drohungen zu insultieren. Es wird Aufgabe der

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpert.

„Du meinst wohl, daß Jesus zugleich mit dem Schwert das Maschinengewehr und das Giftgas auf die Welt mitgebracht hat? Vielleicht tat er es auch,“ sagte Andrews voll innerer Wut, während er sich hinunter beugte, um seine Schuhe zuzumachen.

„Du meinst das doch nicht wirklich? Du kannst das doch nicht meinen!“

„So, du glaubst also, es sei eine bessere Beschäftigung, Deutsche, die wir nicht kennen, erschließen und sich bei französischen Weibern, die wir auch nicht kennen, Geschlechtskrankheiten holen, als zu Hause das Land zu bebauen und reine Kinder zu zeugen.“

„Aber denke doch an die Größe des Opfers. Opfern, das ist der wahre Dienst an Gott!“

„Ja, andere opfern. . . Komm, Chris, wir wollen weitergehen.“

Sie verließen den Markteider, der jetzt zwischen den anderen Männern am Rande des Leiches hin und her lief, doch von der Straße her konnten sie noch seine hohe Stimme hören.

„Und so etwas wird dich und mich überleben,“ sagte Andrews.

„Sag mal, Ando, wie viel zahlen sie eigentlich einem solchen Markteider?“

„Weiß nicht.“

Sie kamen gerade zur rechten Zeit zum Essen. Alles sprach und lachte, war lebendig geworden vom Gerych des Essens und dem Geklapper der Gabelschirre. In der Nähe der Feilische sah Christfield den Sergeanten Anderson mit Higgins, dem anderen Angehörigen, sprechen. Sie lachten zusammen, und er hörte Anderson mit seiner tiefen Stimme jovial sagen: „Wir haben diese Zeit durchgemacht. Higgins, wir werden schon weiter durchkommen.“ Die beiden Sergeanten sahen sich an, warfen einen väterlichen Blick auf ihre Leute und lachten laut. Christfield fühlte sich machtlos wie ein Ochse unter dem Joch. Alles, was er tun konnte, war arbeiten und sich anstrengen und stramm stehen, während dieser weiß-

gefichtige Anderson herumlungern durfte, als ob er der Eigentümer der Erde sei. Er hielt seinen Löffel vor sich, der Küchenjodler plattete das Fleisch und die Sauce hinein. Er lehnte sich gegen die geteerte Wand, ob sein Essen und sah voll Mißmut hinüber zu den beiden Sergeanten, die lachten und sprachen, während die Leute ihrer beiden Kompagnien wie Hunde eilig ihr Essen herunter schluckten. Christfield blickte plötzlich zu Anderson hinüber, der im Gras hinter dem Hause saß, über die Weizenfelder hinaus schaute, während der Rauch seiner Zigarette in Spiralen über sein Gesicht und sein Haar hinaufstieg. Er sah friedlich aus, fast glücklich. Christfield ballte die Fäuste und fühlte Haß gegen diesen Menschen stehend in sich aufsteigen.

„Habe den Teufel in mir,“ sagte er.

Die Fenster waren so nahe dem Gras, daß das schwache Licht, welches in die Hütte hineinsickerte, eine grünlige Färbung annahm. Das gab den braunen Gesichtern das tränkliche Aussehen von Leuten, die in Bureaus arbeiten. Schwalben hatten oben unter dem Dach ihr Nest gebaut, ihr Unrat lag auf dem Fußboden in weißen Flecken, und jetzt, da alle fort waren, konnte Christfield klar das Piep, Piep der kleinen Schwalben in ihren Nestern hören. Er saß regungslos auf dem Ende einer der Bettstellen, sah hinaus durch die offene Tür, in die blauen Schatten hinein, die größer und größer auf dem Gras der Wiese zu werden begannen. Seine Hände hingen unbeweglich zwischen seinen Beinen. Er piff lässig durch die Zähne. Seine Augen schauten unter ihren langen Wimpern in die Ferne, obwohl er nichts dachte. Er fühlte ein wohliges Behagen um sich. Es war angenehm, allein in den Baracken zu sein, wenn die anderen draußen üben mußten. So würde niemand Befehle in ihn hineinschreien. Eine warme Müdigkeit überkam ihn. Sein Kopf fiel hinunter auf die Brust.

Er wachte mit einem Ruck auf. Ein großer Mann stand schwarz in der hellen Türöffnung. „Was tust du hier?“ fragte eine tiefe Bassstimme.

Christfields Augen blitzten. Automatisch stand er auf. Es konnte ja ein Offizier sein! Seine Augen wurden plötzlich brennend. Es war das Gesicht von Anderson, das zwischen ihm und dem Licht stand. In der grünligen Dunkelheit sah die Haut kalkig weiß aus im Kontrast zu den schwarzen Augenbrauen, die über der Nase zusammenliefen, und den dunklen Stopfeln auf dem Kinn.

„Wie kommt es, daß du nicht bei deiner Kompagnie bist?“

„Bin Barackenwache,“ murmelte Christfield. Er konnte das Blut in seinen Gedanken und Schläfen hämmern fühlen und in seinen Augen Stechen wie Feuer. Er starrte auf den Boden vor Andersons Füße.

„Die Befehle lauteten, daß die ganze Kompagnie raus sollte und keine Wachen zurücklassen. Werden uns darüber unterhalten, wenn Sergeant Higgins zurück ist.“

„Du sagst also, daß ich lüge?“

Christfield fühlte sich plötzlich kühl und fröhlich. Wut kroch langsam in ihm auf. Es schien, als ob er selbst irgendwas entfernt von sich stände und sich selbst beobachte, wie langsam die Wut sich seiner bemächtigte.

„Hier muß sauber gemacht werden. . . Der General kommt vielleicht zur Inspektion,“ fuhr Anderson kalt fort.

„Du sagst also, daß ich lüge,“ sprach Christfield und legte so viel Unerschämtheit wie nur möglich in seine Stimme.

„Du erinnerst dich meiner wohl nicht?“

„Doch, du bist einmal mit dem Messer auf mich losgegangen,“ sagte Anderson ganz kühl und warf sich in die Brust. „Ach denke, du wirst jetzt etwas Disziplin gelernt haben. Mach hier mal 'n bißchen sauber.“

„Dank nicht dran.“

„Mach da sauber, oder du wirst schon sehen!“ rief der Sergeant mit seiner tiefen Raschelstimme.

„Wenn ich je aus diesem Mist hier rauskomme, werde ich dich über den Haufen schießen! Du bist genug auf mir rumgeritten.“ Christfield sprach langsam, genau so kühl wie Anderson.

„Wir werden sehen, was das Kriegsgericht dazu zu sagen hat.“

„Das ist mir schnurz egal.“

Sergeant Anderson drehte sich auf dem Absatz um und ging fort.

Er spielte mit dem obersten Knopf seiner Uniform. Schon konnte man das Geräusch marschierender Füße hören und dann den Befehl „Abtreten!“ Dann drängten die Leute sich in Scharen zusammen, lachten und sprachen. Christfield sah ruhig am Ende seiner Lagerstelle und sah hinaus, in den hellen Larrahmen hinein. Draußen stand Sergeant Anderson und sprach mit dem Sergeanten Higgins. Sie schüttelten sich die Hände, und Anderson verschwand. Christfield hörte Sergeant Higgins ihm nachrufen: „Das nächstemal, wenn ich dich sehe, werde ich wohl die Hacken zusammen nehmen müssen und grüßen.“ (Fortsetzung folgt.)



zuständigen Behörden sein, die Kommission, deren Aufgabe es ist, Fälle von Wucher festzustellen. Lei ihrer nützlichen Arbeit zu schätzen. Die Preise für Rindvieh hielten sich durchschnittlich auf der Höhe der Sonnabendnotierungen, desgleichen für Kälber, während das Hammelfleisch etwa 100 M pro Pfund höher notiert wurde. Einer etwaigen Steigerung der Rindfleischpreise steht der Umstand entgegen, daß eine große Berliner Engrosfirma jetzt die Sentung des Dollarkurses ausnützt, um in größerem Umfang Vieh aus Dänemark einzuführen. Es handelt sich dabei um erstklassige Ware, die sich trotz der hohen Frachtkosten um etwa 400 bis 500 M pro Pfund billiger stellt, als einheimisches Vieh. Die Einfuhr aus Dänemark soll in der nächsten Zeit fortgesetzt werden, so daß damit gerechnet werden kann, daß diese Ware auf den Berliner Markt preisrentend wirken wird.

Nach Mitteilungen vom Wucheramt war der Auftrieb auf dem gestrigen Viehmarkt sehr schwach und blieb weit hinter dem sonstigen Angebot zurück. Die Preise halten dafür erneut angezogen und den Stand des vorletzten Marktes erreicht oder sogar überschritten. Wegen unzulässig hoher Preisforderungen wurden von der Wucherpolizei einigen Händlern 7 Rinder, 8 Kälber und 1 Schwein beschlagnahmt.

## Die Mietzuschläge für März.

### Änderungen der Audispruchsvorschläge durch den Magistrat

Mit den Vorschlägen des Wohnungsausschusses für die Erhöhung der von den Mietern im März zu zahlenden Mietzuschläge hat der Magistrat sich schon in seiner gestrigen Sitzung beschäftigt. Bei mehreren Punkten hat er die Zuschläge gegenüber den vom Ausschuss empfohlenen Sätzen etwas heruntergedrückt, namentlich bei den großen Instandsetzungsarbeiten auf 1000 Proz. (statt 1500 Proz.), bei den Verwaltungskosten in Wohnhäusern auf 500 Proz. (statt 600 Proz.), in Geschäfts- und Industriebürohäusern für gewerblich benutzte Räume auf 600 Proz. (statt 700 Proz.), für Wohnräume auf 500 Proz. (statt 600 Proz.). Ferner hat der Magistrat den von den Mietern zu zahlenden Zuschuß auf die öffentlichen Abgaben des Vermieters auf das Fünftel der Grundmiete festgesetzt, während der Ausschuss das Fünftel der Grundmiete vorgeschlagen hatte.

Hierauf wären folgende Zuschläge zur Grundmiete zu zahlen: 1. Steigerung der Zinsen 15 Proz., 2. Verwaltungskosten allgemein in Wohnhäusern 500 Proz., 3. Verwaltungskosten in Geschäfts- und Industriebürohäusern: a) für gewerblich benutzte Räume 600 Proz., b) für Wohnräume 500 Proz.; 4. laufende Instandsetzungskosten 1000 Proz.

**Zuschläge für Nebenabgaben:** 1. Müllabfuhr bis 1500 Proz., 2. Schlackenabfuhr einschließlich Kesselreinigung 1000 Proz., 3. Feuerversicherung 1000 Proz., 4. Versicherung gegen Gas- und Wasserleitungsschäden und gegen Haftpflicht 800 Proz., 5. Fahrstuhlbetrieb 400 Proz.

**Zuschlag für die großen Instandsetzungsarbeiten 1000 Proz.** Beschlossen wurde auch, daß Reparaturen auf Kosten des Mieters, insbesondere auf diese Beschlässe, die noch der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfen, zurückkommen.

Der Wohnungsausschuss des Reichstages beschloß gestern das Mietzuschlaggesetz auf Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neuerschaffene Räume nicht auszuweiten, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder später bezugsfertig werden. Auch die von gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften errichteten Wohnungen sollen nicht unter das Gesetz fallen.

## Der „Kasserverwalter der Sowjetbotschaft“.

### Verhaftung eines Millionenchwinders.

Ein großer Schwindler, der von der Kriminalpolizei von Berlin, Leipzig und Hamburg eifrig gesucht wurde, ist jetzt in Dresden festgenommen worden. Er nennt sich dort Buchhändler und Verkäufer Georgi, ist aber in Wirklichkeit ein 31 Jahre alter aus Königsberg gebürtiger Ruz Georg Gleizner, ein der hiesigen Kriminalpolizei wohlbekannter Mann. Gleizner betätigte sich vor einigen Jahren bereits als Schwindler auf politischem Gebiete. Er nahm Geld von allen Seiten. Unter anderem brachte er das Märchen auf, er sei als Kommunist von der bevorstehenden Antikommunisten russischen Geldschiffes in Swinemünde unterrichtet. Die Kriminalpolizei nahm ihn damals fest und verhaftete ihn zu einer wohlverdienten Strafe. Nach ihrer Verbüßung legte sich Gleizner auf den Warenhandel im großen. Wieviel ihm in Berlin gelungen ist, bedarf nach der näheren Untersuchung. In zwei Fällen, in denen es sich um je 10 Millionen handelte, hatte er keinen Erfolg. Bei einer großen Zigarettenfabrik erschien er als Wägenberg, Vertreter der ukrainischen Handelsdelegation. Er schloß über einen großen Posten ab und wollte an einem festgesetzten Tage mit holländischen Gulden zahlen. In einem anderen Großgeschäft stellte sich Gleizner als Kasserverwalter der hiesigen Sowjetbotschaft vor. Auch jetzt nannte er sich wieder Wilhelm Wägenberg und gab wieder einen Scheck über 10 Millionen Mark. In beiden Fällen aber hatte er kein Glück mit seinen Schwindelzügen, denn die Geschäftsführer waren vorsichtig. Gleizner, der sich an anderen Stellen nach seinem Vornamen auch Ruz Georgi nannte und auch als Bevollmächtigter der Industrie- und Handelskammern für Sowjetrußland, unter den Büden, auftrat, hat mit den Schecks ohne Zweifel in Berlin auch andere Schwindelzügen versucht und mag an anderen Stellen mehr Glück gehabt haben. Die Kriminalpolizei ist mit der weiteren Aufklärung noch beschäftigt und nimmt einschlägige Mitteilungen entgegen.

### Wegen Totschlag zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Prozeß wegen Tötung der eigenen Mutter gegen den Arbeiter Otto Baer, ging gestern am späten Nachmittag zu Ende. Der Angeklagte gab zu, daß er selbst seine Mutter mehrfach geschlagen und mit dem Beck bedroht habe. Er will denn aber immer in Notwehr gehandelt haben. Seine Mutter habe ihn derartig mißhandelt, daß ihm das Leben unerträglich gewesen sei und er sich nicht zu helfen wußte. Oft habe ihn die Mutter auf der Straße beschimpft, so daß bei ihm ein Haßgefühl gegen die Mutter aufgeleuchtet war. Die Zeugenerklärung erweckt ein erschütterndes Bild. Eine Zeugin schilderte, wie die Frau Baer ihren Mann und ihre Kinder bis auf's Blut gepöbelte. Eine Nachbarin befand, daß die Wohnung der B. förmlich vor Schmutz gestarrt habe. Einmal habe die Frau sogar ihrer Ziege den Kopf fortgeschoben und dabei gesagt, das Tier dürfe nicht alles aufstellen, es müsse für den Sohn auch etwas übrig bleiben. Und sie habe ihren Sohn bei seiner Heimkehr auch wirklich in demselben Kapf das von der Ziege übriggebliebene Essen vorgefetzt. Die Geschworenen sprachen das Todesurteil ab und das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er arbeitsunfähig von der Mutter vielfach gereizt worden sei, zu nur zehn Jahren Zuchthaus.

### Preussischer Korporalismus im Deutschen Landbund.

Von dem Berliner Schriftsteller Willig Schläpfer geht uns folgendes Schreiben zu:

Im Namen der vaterländischen Einheitsfront möchte ich an dieser Stelle entschieden Protest einlegen gegen die pöbelhafte Art des Verhaltens eines Teiles der Versammlung des Deutschen Landbundes, die im Großen Schauspielhaus am Mittwoch, den 20. Februar, stattfand.

Ein junger Mann, der gegen die militäristischen Töne eines Redners mit einem Zwischenruf zurückwirkte, sollte herausgeworfen

werden. Eine Dame, die zu ihm gehörte, eilte mit mir zusammen an seine Seite, da auch wir die vaterländische Aufgabe in würdevoller passiver Resistenz gegen die in der Versammlung erörterte Ruhrbelegung sehen, nicht aber im Wiederaufbau irgendeines, wie immer begründeten Militarismus. Als wir uns dem Zwischenruf daher anschlossen, ergingen gegen uns nicht nur Beschimpfungen, sondern man schaute sich nicht, die Dame mit Fußtritt zu bedenken. Schlimmer fast noch aber war es, daß sich kein Mann in der Versammlung fand, der gegen diese Art von Patriotismus sich verwahrte. Darum halte ich es für meine Pflicht, zu betonen, daß ich als Verfasser gerade von nationalen Zeitungen wohlwollend gewürdigter Veröffentlichungen eine Gesinnung nicht als vaterländisch, geschweige denn burgfriedlich betrachten kann, die gegen eine Frau sich so fanatisch ausbreitet, die, wie ich selbst und der betreffende junge Mann, den deutschen Idealismus, nicht aber den preussischen Korporalismus gegen Poincaré aufbieten wollen.

Frauen mit Füßen treten, Andersgesinnte niederdrücken, ist sehr viel leichter, als den geschichtlichen Augenblick zu ergreifen, endlich einmal Geist gegen Rohgewalt zur Geltung zu bringen.

## Nepplokal bleibt Nepplokal.

### Schlemmerflätten genießen den gesetzlichen Mieterschutz.

Die folgende Tatsache, wert, der Öffentlichkeit übermitteln zu werden, wird durch das Nachrichtenamt des Magistrats ausgeplaudert:

„Fast jede Zeitung bringt täglich Notizen über die Aufstößerung von Schlemmer- und Nepplokalen mit dem Schlußsatz, daß der beschlagnahmte Raum dem zuständigen Wohnungsausschuss zur Verfügung gestellt worden sei. Mit Recht wundert sich dann das Publikum, daß das Wohnungsausschussamt scheinbar nichts unternimmt. Dies ist aber in den meisten Fällen nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften unmöglich, weil die Unternehmer von solchen Lokalen den gleichen Mieterschutz genießen wie andere Staatsbürger. Mit dem Zentralamt für Wohnungsweisen mitteilt, hat es schon vor langer Zeit versucht, eine Ermächtigung zu erlangen, um gegen Personen mit sofortiger Wohnungsbeschlagnahme vorgehen zu können, die Wohn- oder Geschäftsräume zu gewerblichen und unbilligen Zwecken mißbrauchen. Eine derartige Ermächtigung ist jedoch den Wohnungsämtern nicht erteilt worden. Es soll deshalb nochmals an die Kommunalaufsichtsbehörde herantreten werden.“

Nachdem seit Jahr und Tag die Bevölkerung mit der Bemerkung getrübt worden ist, daß die Räumlichkeiten dieser und jener verurteilten Nepplokale dem Wohnungsausschuss zur Verfügung gestellt worden sei, erfährt man plötzlich, daß das nichts als ein guter Bluff war. Das Wohnungsausschussamt wußte nämlich gar nichts mit den ihm zur Verfügung gestellten Räumen anzufangen, weil die Herren Neppgeneraldirektoren staatsbürgerlichen Mieterschutz genießen. Wo also ein Nepplokal einmal ist, da wird es von keinem Wohnungsausschussamt und seiner Polizei vertilgt werden können. — Wer haut nun einmal auf den grünen Tisch der sanft schlummernden Kommunalaufsichtsbehörde?

## Ein Markenbrot 820 M.

Das Ernährungsamt teilt mit: Die außerordentliche Markverflechtung der vergangenen Wochen wirkt bei den Lebensmittelpreisen noch nach. So hat die letzte Kohlenpreiserhöhung vom 17. d. M. sowie eine Steigerung der Personalkosten in den Bäckereien ihre Veranschlagung im Markenbrotpreis finden müssen, der sich vom 26. Februar ab auf 820 Mark erhöht; der Preis der kommunalschrippe bleibt unverändert, jedoch ist das Gewicht der Schrippe mit Rücksicht auf den größeren Ausbrennverlust des Kleingebäcks auf 48 Gramm festgelegt worden. Das Markenbrot sollte nicht wie das freie Gebäck verbilligt werden, weil der Preis des Kommunalbrotts unverändert blieb, während der Preis des freien Weibls seit Anfang Februar um etwa 25 Proz. gesunken ist und den Preis des freien Brots, das aber immer noch 3/4 mal teurer ist als das Kommunalbrot, herabgedrückt hat.

Die Verbilligung des Milchpreises, die wir am Dienstagmorgen als bevorstehend ankündigten, wird wahrscheinlich noch etwas größer sein, als zunächst angenommen wurde. Wie wir erfahren, besteht Aussicht, den Preis von der nächsten Woche ab um 100 Mark herabzudrücken.

Die Strafe des Messerschneiders. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich der Bahnarbeiter Alfred Hartung unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Er hatte in der Nacht zum 12. Oktober d. J. in dem Sanktlokal von Log in der Koppenstraße den Kohlenarbeiter Wurlert mit einem langen Dolchmesser erstochen. Die Geschworenen nahmen nicht Körperverletzung mit Todeserfolg, sondern Kaufhandel im Sinne des Paragraphen 227 des St.G.B. an und billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf das niedrigste zulässige Strafmaß von drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten der erlittenen Unterherrschaft.

Rechtsbildungsausschuss Groß-Berlin. Für die Vorstellung „Der Weibsteuereiser“ am Sonntag, den 24. Februar, im Neuen Theater am Zoo wird ein Zuschlag von 50 M pro Person erhoben. — Die Nacht der Erkenntnis“ von Tolstoj, in der Hauptrolle Hofe Brachtenstein, am Dienstag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im Zentral-Theater, Alte Jakobstraße. Preis pro Karte 500 M. Garderobe und Theatersitz frei. Karten bei den Bildungsausschussmitgliedern zu haben. — Am Sonntag, den 11. März, und 1. April (1. Osterfesttag), nachmittags 3/4 Uhr, in der Bühnenkommission, Fernburger Str. 22-23: 3. Festsongerei (Werte von Brudner, Hugo Wolf und Rosart). Einzelposten a 200 M. im Bureau des Bildungsausschusses und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Proletarische Feiern. Sonntag, den 25. Februar, vormittags 11 Uhr, findet die nächste Veranstaltung im Großen Schauspielhaus statt. Der leitende Gedanke dieser Feiern heißt: Gemeinwohl. Nach einleitendem Orgelspiel spricht Vorber der als Redner, die betagte Willy von der Bille“ von Berger, die Ansprache, gehalten vom Gen. Dr. Kabbra, wird eingeleitet vom Gesang des Rammers „Kamenios“. Darauf folgt eine Ouvertüre im händelischen Stile von Wagner, auf der Orgel gespielt von James Georg Korbis. Der Sprecher für Proletarische Feiern ist zum ersten Male das Chormer „Luz in der Gemeinschaft“. Die Feiern schließen mit dem gemeinsamen Gesang der Internationalen. Eintrittskarten a 250 M. sind in den bekanntesten Verkaufsstellen zu haben.

Sprechchor für Proletarische Feiern. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Sophienkirche, Weinmeisterstraße 16/17, Hauptstraße zu „Tanz der Gemeinwohl“. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen. Die Kinder kommen um 1/2 Uhr. Ausgabe der Karten zum Winterfest. — Der Sprechchor feiert am Sonnabend, den 24. Februar, im Großen Saal des Gemeinwohlhauses sein Winterfest. Freunde des Chors sind hierzu eingeladen. Eintrittskarten sind bei den Mitgliedern zu haben.

Lehrer und Schüler. Der Vorbereitungsunterricht für die Tugendmische, welcher am Dienstag infolge Erkrankung des Seniors Rief nicht stattfinden konnte, findet heute, Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der 1. Gemeinwohlkule im Vantwig statt.

Die Wiederherstellung des Kredit des Reichs sowie des Gleichgewichts der Haushalte der öffentlichen Körperschaften ist ohne die Erstattung der Sammelsteuern nicht möglich. Diesen Grundgedanken vertritt der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Herr Dr. G. v. D. in der letzten herausgegebenen Nummer 2 der „Gemeinwohlkule“ (früher „Kommunale Praxis“), in einem sehr beachtenswerten Aufsatz über das Finanzwesen des Reichs, das gegenwärtig den Reichstag beschäftigt. Gegen das System der Selbstverwaltung hat sich auch Herr Otto Hausderr, der als Volkskammerratsmitglied des Reichstagesbundes der Angestellten in derselben Nummer der „Gemeinwohlkule“ über das gleiche Thema schreibt. Dessen Oberlehrer Dr. Karl Schöner (Berlin-Englisch) schreibt über die erstmalige Wirkung der Grundbesitzer auf den Landmarkt. Seine Ausführungen haben auf Erklärungen, die die nordamerikanische Stadt Billings mit ihrer Grundbesitzer gemacht hat. In den Rubriken „Mitteilungen“ und „Notizen“ ist nützliches Material aus Preß und Schrifttum zusammengetragen.

Großfeuer in der Steffiner Papier- und Pappfabrik. Gestern brach in der Steffiner Papier- und Pappfabrik in der Altdammstraße aus unbekannter Ursache ein Schuppenfeuer aus. Eine Reihe großer Lagerhäuser brannte nieder, ebenso 180 Eisenbahnwaggons, die mit Lampen und Papier gefüllt waren. Da der Wind die Flammen in freies Gelände trieb, blieben die Fabrikgebäude unverletzt und der Betrieb im übrigen ungehindert.

# Wirtschaft

## Der Stand der Welt-Eisenproduktion.

Die Eisen- und Stahlerzeugung in den wichtigsten Ländern nähert sich allmählich wieder langsam dem Umfang, den sie vor dem Kriege gehabt hat. Einige Länder, wie insbesondere die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich, sind mit der Dezemberproduktion erheblich über den Produktionsumfang der Vorkriegszeit hinausgekommen. Die Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie ist in der Nachkriegszeit besonders schnell gegangen. Amerika hat im Dezember 1922 3,1 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt gegen 1,4 Millionen Tonnen im Jahre 1921. Besonders beachtenswert ist die Entwicklung der französischen Eisenzeugung, die vor dem Kriege halb so groß war wie die englische Eisenzeugung und gegenwärtig der englischen fast gleich gekommen ist. Die Entwicklung der Eisenzeugung wichtiger Länder wird aus folgenden Ziffern ersichtlich:

	England	Frankr.	Belgien	Deutschl.	U.S.A.	Spanien
a) Roheisen (in Tonnen).						
Monatsdurchschnitt 1918	860	484	207	212	2623	55
1921	221	280	78	81	1400	51
1922 Juli	408	428	127	150	2483	52
August	418	447	154	149	1845	28
September	437	432	183	152	2067	25
Oktober	458	503	175	165	2680	37
November	502	514	172	164	2806	35
Dezember	512	513	159	183	3126	35
Dez.-Middurchschn. 1918	62,4	118,2	50	75,0	110,6	10,6
b) Zahl der Hochofen im Feuer.						
Vorhanden	487	227	56	50	417	57
1922 Juli	117	94	27	27	171	1
August	126	98	30	30	144	1
September	139	103	33	33	190	1
Oktober	151	109	38	38	219	1
November	162	116	38	38	242	1
Dezember	169	116	34	34	258	1

Aus alledem ergibt sich ein besonders bemerkenswertes Aufblühen der französischen Eisenindustrie, das freilich durch die Ruhrbelegung und den damit einhergehenden Rohstoffmangel unterbrochen worden ist. Aus dieser günstigen Entwicklung werden auch Gründe ersichtlich, weshalb Frankreich mit so kurzweiliger Energie versucht, die für die Eisenverhüttung besonders wertvollen Kohlenhöfe des Ruhrgebiets unter seine Kontrolle zu bekommen. Frankreich ist nächst Amerika nicht nur das reichste Land an Eisenerz, sondern auch das Land, das in kurzer Zeit in der Eisen- und Stahlproduktion in Europa tonangebend geworden ist.

Deutscher Stahlfeststoff auf dem Weltmarktpreis. Das Stahlfeststoffmarkt teilt mit: Die starke Festigung der Reichsmark hatte zur Folge, daß der deutsche Höchstpreis für einzelne Stahlfeststoffgattungen in den letzten Tagen mehrfach über den Weltmarktpreis des Chilisalpeters lag. Rummehr wird der deutsche Höchstpreis dem Chilisalpeterpreis fortlaufend angepaßt und im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Demensprechend ist im „Reichsanzeiger“ vom 22. Februar 1923 der Höchstpreis für Patronensalpeter auf 8710 M. für das Kilogramm Reinstoff herabgesetzt worden. Der Höchstpreis für die übrigen Stahlfeststoffgattungen liegt bei dem heutigen Salustand unter dem Preise des Chilisalpeters.

Der Frankfurter. Interessante Ausführungen über den Sturz des französischen Franken macht Francis Delais im „Deure“. Er kommt zu dem Schluß, daß es auch starke französische Interessen gibt, die auf das Sinken der französischen Devisen hinwirken. Zweifellos verbiete das Gesetz die Kapitalausfuhr, aber es verbiete nicht, ausländische Werte zu kaufen, die an der Pariser Börse notiert werden. Man erinnere sich nur an das schwindelerregende Ansteigen der Royal Dutch-Aktien im Jahre 1920, als diese von 14 000 auf 72 000 Frank stiegen, bevor sie auf 17 000 zurückfielen. Mehrere französische Milliarden seien auf diese Weise nach der anderen Seite des Kanals emigriert, und zwar mit Zustimmung der Behörden und der Bankiers, die in der Wechselkurskommission saßen. Man habe dabei den Franzosen zusammen auf die Baiffe binarbeiten, so daß das Pfund bei 78 Frank angelangt sei. Und die Regierung? Sie werde sich wohl hüten, dieses Treiben zu verhindern, denn ihre Loyalität verhafte ihr die wärmsten Anhänger. Alle diejenigen, die ihr Kapital in London in Sicherheit gebracht hätten, hätten jetzt um so bequemer schreien: Behalten wir das Ruhrgebiet! Weisen wir die Beamten aus! Modieren wir Deutschland! Unteignen wir den Privatbesitz!

Eine neue Herabsetzung der Preise für Walzwerkezeugnisse wurde vom Reichpreisausschuss des Deutschen Stahlbundes beschlossen: 1 Kilogramm Thomas-Stabeisen kostet noch immer 1043 M. Die Herabsetzung beträgt rund 12 Proz., ist also viel geringer als die Preisrückbildungen, die man bei steigendem Dollar vorgenommen hatte.

Steigerung der Elektrizitätserzeugung in Thüringen. Am 19. Februar fand im Thüringischen Wirtschaftsministerium eine Aussprache mit den Vertretern der Thüringischen Elektrizitätswerte statt über eine planmäßige Erweiterung der Versorgung Thüringens mit elektrischer Kraft. Der sachverständige Vertreter der Thüringischen Regierung von Ritter-Rüchgen und die Vertreter des Ministeriums entwickelten das von der Regierung in Aussicht genommene Projekt. Es ist geplant, durch ein Hochspannungsgesetz von 50 000 Volt, das ganz Thüringen durchzieht, sowohl die auszubauenden Wasserkräfte wie die größeren Kraftwerke des Landes einheitlich zusammenzuschließen. Als Erzeugung soll elektrischer Strom von den benachbarten Landesversorgungsunternehmen in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt bezogen werden. Die Bildung eines gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens ist beabsichtigt.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 32,41 Geld, 32,59 Brief; 1 tschech. Krone 653,28 Geld, 655,72 Brief; 1 ungar. Krone 7,93 Geld, 7,95 Brief; 1 bulg. Lewa 151,67 Geld, 152,33 Brief; 1 poln. Mark galt im freien Verkehr etwa 50 Pf.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund religiöser Sozialisten. Öffentliche Versammlung: Senoffs Str. Dr. P. Schöner, Berlin, spricht am Donnerstag, 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der Schulstraße, Pankow, Grundwehr. 17, über „Unsere Zukunft! Was können, was müssen wir tun für die kommende Generation!“

Verein für Schul- und Erziehungsfragen. Freitag, den 24. Februar, Rektor Franz Lorenz: „Die Wirkung des Alkohols auf den jugendlichen Organismus und die Aufgaben der Schule im Kampf gegen den Alkoholschaden.“

Schüler, Mitarbeiter und Mitarbeiter. Freitag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Bernauerstraße, Bremer Straße, Referent Fritz Dreyer, 1. Gewerkschafter.



# Volksgesundheit und Polizeietat.

Der Reichstag setzte am gestrigen Mittwoch im Rahmen der Haushaltsdebatte über das Reichsministerium des Innern die Aussprache über das Volksgesundheitsamt fort. Genosse Dr. Moses verlangte mehr Aktivität bei der Volksgesundheitsbehörde. Sie müsse aus ihrer Reserve heraustreten und mehr Aufklärung in das Volk tragen. Er vermisse ferner die Reform des Irrenrechts, die seit 25 Jahren versprochen wird. Ferner stehen das Tuberkulosegesetz und die Reform des Apothekenwesens aus. Den Apothekern sind noch mittelalterliche Vorrechte verlichen. — Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm erwiderte, daß der Fortschritt der Volksgesundheitsbehörde im Gesundheitswesen nicht zuletzt an dem Widerpruch der Länder scheiterte.

Bei dem Etatkapitel über das Polizeiwesen kam es durch die Schuld des volksparteilichen Abg. Bräutigam zu einer heftigen Debatte. Bräutigam hatte der sächsischen Regierung die Schuld daran zugemessen, daß die sächsischen Bergarbeiter — übrigens nur mit knapper Mehrheit — beschaffen haben, keine Ueberführungen zu verfahren und suchte daraus ein Stück Volkshochvergehen zu machen; die sächsischen Bergarbeiter hätten versagt und seien den Kämpfern an der Ruhr in den Rücken gefallen. — Genosse Meier-Zwidau ließ ihm eine entschiedene Abfertigung zuteil werden; die sächsische Regierung habe mit dem erwähnten Beschluß gar nichts zu tun, im Gegenteil, ihr Wunsch sei gewesen, daß die sächsischen Bergarbeiter Ueberführungen verfahren. Ein volksparteilicher Abgeordneter aber am wenigsten Unsch, sich über mangelnde Opferwilligkeit der Bergarbeiter zu beschweren. Wer jetzt die Verhandlungen im Steuerausschuß erlöse, der sehe, wie es in den Kreisen der Besessenen an Opferwilligkeit fehle. — Ein kleines Lustspiel führte dann der demokratische Abg. Dr. Barth-Zwidau auf, ein Mann, dem der Reichstag für unfreiwillige Komit mancherlei Dank schuldet. Als er sich allzu maßlos machte, plauderte Genosse Meier-Zwidau unter wiederholter Heiterkeit der Linken aus, daß Dr. Barth bei den Unruhen in Zwidau in der größten Angst gewesen sei, die Sozialdemokraten wollten ihn ermorden. Er habe deshalb sein Haus polizeilich bewachen lassen. — Dr. Barth erwiderte darauf, diese polizeiliche Bewachung habe er nicht aus Furcht erbeten, sondern um im Falle von Tumulten schützende Ansprüche geltend machen zu können! Man muß also auch in diesem Falle den Sozialdemokraten den Ruhm lassen, daß ihnen die Sorge um das Fortkommen über alles geht. — Weiterberatung Donnerstag 2 Uhr.

## Das Ruhr-Notgesetz.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beendete die erste Lesung des Notgesetzes. Zu Art. 6 (Allgemeine Ermächtigung der Reichsregierung) ließ die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Sollmann erklären, daß der Reichsregierung eine so weitgehende Ermächtigung, Verordnungen zu erlassen, nicht eingeräumt werden könne. Unsere Fraktion würde dies vermutlich auch erklären, wenn sie selbst in der Regierung vertreten wäre. Alle bürgerlichen Parteien, auch die Demokratischen, sprachen sich für die allgemeine Ermächtigung der Reichsregierung aus. — Reichsminister Doser führte aus, daß die Reichsregierung diese Ermächtigung unbedingt brauche. Der Kampf an der Ruhr könne so rasch Entscheidungen, insbesondere wirtschaftliche, erfordern, daß sie nicht erst mit dem Parlament verhandeln könne. Die parlamentarische Kontrolle sei ja dadurch gemindert, daß die Verhandlungen dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen seien und auf Verlangen außer Kraft gesetzt werden könnten. Da die Sozialdemokratie an ihrer Erklärung festhielt, wurde die Abstimmung über diesen Art. 6 einstweilen vertagt. Sie wird zusammen mit der zweiten Lesung am Donnerstag stattfinden.

Abg. Hammer-Fellow, der bekannte erzkonservative Vorredner der Dreiklassenherrenschaft, zuletzt deutschnationales Reichstagsmitglied, ist 68jährig im Bichterfelder Krankenhaus gestorben.

# Preussische Justizdebatte.

Die gestrige Landtagssitzung eröffnete Präsident Behnert mit einem Protest gegen die Verhaftung des Abg. Stieler, Polizeipräsident von Gelsenkirchen, und gegen die Ausweisung des Abg. Gen. Haensch aus Wiesbaden; der Präsident wird auch von der Regierung verlangt, daß sie gegen die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte von Abgeordneten schriftlichen Einspruch bei der französischen und belgischen Regierung erhebe. In der darauf fortgesetzten zweiten Beratung des Justizhaushalts wehrt sich

## Justizminister Am Jahnhoff

gegen den Vorwurf des Genossen Hellmann, daß im Justizministerium nicht genügend republikanischer Geist herrsche. Er erklärt, er werde sein Amt auch weiterhin unparteiisch führen und schließt mit dem Dank an die Justizbeamten im Ruhrgebiet. — Abg. Göbel (Z.) erhebt Protest gegen die Willkür der angeblichen Rechtsprechung der französischen und belgischen Gerichte. Noch heute wisse seine Fraktion nicht, wo ihr Mitglied Stieler sich befinde. Man dürfe sich nicht scheuen, auch gegen die größten Wucherer, die Trusts und Syndikate, die Gesehe und Verordnungen gegen Freistreiber anzuwenden. (Beifällige Zustimmung.) — Abg. Seelmann (Deutsch.) verlangt Beilegung des Staatsgerichtshofs und lehnt eine Ehehektungsreform zur Erleichterung der Scheidung ab. — Abg. Dr. Eichhoff (D. Sp.) läßt wissen, daß ein Teil seiner Fraktion sich für die Reform des Scheidungsrechts einsetze, ein anderer Teil sie jedoch nicht für angebracht halte. Es bestehe heute kein Anlaß mehr, an dem Gesetz zum Schutze der Republik festzuhalten. Die meisten Richter seien nicht deutsch-national, sie seien unpolitisch. — Abg. Ailken (Komm.) polemisiert gegen die Klassenjustiz; er erklärt, was uns fehle, sei eine neue proletarische Klassenjustiz.

Das Urteil gegen die russischen Sozialrevolutionäre sei durchaus gerecht. — Abg. Dr. Hüpfer-Ashoff (Dem.) widerspricht einer Ausweisung des Gesehes zum Schutze der Republik, zumal dadurch die Abwehrfront nicht gestärkt, sondern geschwächt werden müßte. — Abg. Prof. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) erklärt, das Richterproblem sei in erster Linie eine Frage der Vorbildung des juristischen Nachwuchses.

Zum Schluß der Sitzung forderten die Kommunisten abermals, ihren Antrag betr. Maßnahmen gegen die Leuerung und zur Bekämpfung der Aulage des Proletariats morgen zu verhandeln; das wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt. — Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr. — Schluß 5 1/2 Uhr.

# Gemeindesteuerfragen.

## Kleinstädte und Gemeindesteuern.

In Halle (Saale) tagte am 17. Februar der Reichstädtbund, die Organisation der deutschen Mittel- und Kleinstädte. Die Tagung begann mit einer Rundgebung für die Ruhrbevölkerung und einem Protest gegen die Abfahrt des Reichsfinanzministers, in einer Anzahl von Städten die leitenden Beamten auf Grund des Besoldungsperrgesetzes zurückzuführen, obwohl sämtliche preussische Instanzen die heutige Besoldung genehmigt haben. Syndikus Dr. Haackel betonte in seinem Referat, daß die Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes die katastrophale Lage vieler deutschen Gemeinden erleichtern würde, obgleich auch dann noch 40 Proz. des Gemeindefinanzbedarfs ungedeckt bleiben. Die Umsatzsteuer sei zwar keine ideale Steuer, aber vom Standpunkte der Gemeinden aus notwendig. Die schärfere Erfassung der Steuer

# Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den nächsten Monat noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

## Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

allein würde den Gemeinden wesentliche Erleichterungen nicht bringen.

In der Aussprache führte Genosse Stoll-Fürstenwalde (Spree) aus, daß bei der außerordentlichen Verschlechterung der Lebenshaltung weitest Kreise eine Erhöhung der ohnehin schon drückenden Umsatzsteuer, die restlos auf den Verbrauch abgewälzt wurde, nicht verantwortet werden könnte. Die Reichsregierung dürfe an dieser Frage aber das Finanzausgleichsgesetz nicht scheitern lassen.

## Bei der Umsatzsteuer werde noch mehr gemogelt

als bei der Einkommensteuer, daher sei eine weit schärfere Erfassung unumgänglich. Die Spigenverbände müßten energisch für eine Erhöhung des Gemeindeanteils einreten. Man solle endlich die Grundwertsteuer nach Naturalwert einführen, wie es jetzt im sozialistischen geführten Anhalt geschehe, wo man nicht soviel Angst vor den tobenden Agrariern habe. Durch diese Steuer würden Milliarden gewonnen, die zum Teil den Gemeinden zufließen könnten. Zum Schluß begründete der Redner einen Antrag, der die Prüfung der Frage der Zwangswirtschaft für Milch, Getreide und Kartoffeln und die Festlegung von Zwangspreisen für Fleisch fordert. — Der Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, Pöhlke-Neuruppin, sang das Hohelied der freien Wirtschaft und empfahl dann — den sozialdemokratischen Antrag zur Ernährungswirtschaft. — Bongartz-Düren und Breuer-Werden forderten Erleichterungen für die besetzten Städte. Der sozialdemokratische Antrag wurde einstimmig angenommen. Damalske referierte über

## die Grundwertsteuer.

Der führende Staat Preußen und die in ihm früher maßgebenden bürgerlichen Parteien kamen dabei schlecht weg. In den etwa 1200 preussischen Gemeinden, in denen die Steuer nach dem gemeinen Wert eingeführt ist, hat sie sich glänzend bewährt. Jetzt gilt es, sie der Geldentwertung anzupassen, um besten dadurch, daß sie unter Zugrundelegung der Friedensverhältnisse nach Naturalwert bestimmt wird. Dann ist sie die Milliardensteuer, nach der man im Reich und in den Ländern sucht. Die Steuer ist im Gegensatz zur Umsatzsteuer, die die Lebenshaltung verteuert, und zur Gewerbesteuer, die die gewerbliche Produktion erschwert, gerecht. Sie fördert die Produktion, denn sie zwingt zur intensivsten Bodenkultur, sie vermehrt das Angebot und verbilligt so die Lebenshaltung. Ihre technische Durchführung ist die denkbar einfachste. Das neue preussische Grundwertgesetz ist das Schlimmste, was man dem Volke in dieser Zeit überhaupt bieten konnte.

Die Tagung war erfreulichweise verhältnismäßig zahlreich auch von sozialistischen Kommunalpolitikern besucht.

# Tagung der preussischen Polizeibeamten.

(Schlußsitzung.)

Zur gestrigen Tagung waren noch eine Reihe von Abgeordneten der verschiedenen Parteien erschienen, worunter auch Genosse Gertz, eine Reihe von Regierungsräten und Polizeiobersten von den Beiräten. Ein Vertreter der tschechoslowakischen Polizeibeamten in Letzchen-Bodenbach brachte die Grüße der dortigen Polizeibeamtenorganisationen und übermittelte den preussischen Kollegen eine Spende für die Schupo-Beamten im Ruhrrevier in Höhe von 200.000 M.

Ueber „Durchführung der Umorganisation der Polizei und Verstaatlichung der kommunalen Polizei“ sprach Polizeinspektor Ute-Milona. Der Referent ging bei seinen Ausführungen von folgenden Voraussetzungen aus: „Die vereinigten preussischen Polizeibeamtenverbände stehen der Verstaatlichungsaktion sehr feilschig gegenüber. Dabei verkennen sie die Bedeutung einer erhöhten Staatsaufsicht über die Exekutivpolizei der Großstädte nicht. Die Umdeutung des Gedankens von der Einheitspolizei zur Wiederbelebung des zentralistischen Polizeistaates, die dem Geist der Verfassung von Weimar nicht entspricht, müssen wir ablehnen. Auf das schärfste bekämpfen wir die Methode, mit der gegenwärtig in Preußen verstaatlicht wird. Diese hat zwar die Unterbringung einer großen Zahl sonst stellenloser Armeesoldaten, Gendarmen und Halbsoldaten im Gefolge, sie zerstört aber die Berufsbegeisterung, das Dienstinteresse und den gesunden Ehrgeiz im Körper der aufstrebenden Polizeibeamtenschaft. Sie bedeutet

## Verteuerung und Militarisierung der Polizei.

besonders der kommunalen Polizei. — Aus allen diesen Gründen fordern wir eine Aenderung des Kurses bei der Durchführung der Umorganisation und die Durchführung dieser Organisation mit dem modernen Polizeidienst, Beschränkung

der Verstaatlichungsaktion auf wenige Großstädte Preußens, Stärkung der örtlichen Polizeiverwalter als Gegengewicht gegen eine übermäßige Zentralisation, Umbildung der in Verstaatlichung begriffenen Polizeiverwaltungen nach den Gesichtspunkten einer produktiven Einheitspolizei, Beschränkung der Polizeibereitschaften auf ein Mindestmaß, Stärkung des Elementes der Einheitspolizei, Aenderung der bei der Verstaatlichung eingeschlagenen Personalpolitik, Abbau der Oberbeamtenstellen der Schutzpolizei, Berufung von Polizeifachleuten auf alle verantwortlichen Posten. — Eine Verweigerung der Erfüllung dieser Forderungen würde die Polizeibeamtenverbände in schärfste Feindschaft gegen die Verstaatlichungen bringen. (Lebhafte Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich im Rahmen der Ausführungen des Vortragenden Polizeihauptmann Heinrich, Frankfurt a. M., Kriminalkommissar Kivelipp aus dem Ruhrgebiet und Polizeimajor Heimatsberg, Potsdam.

Eine Reihe von gedruckt vorliegenden Anträgen der Verbändevereine wurde dem Vorstand überliefert.

Es folgte dann ein Referat des Vorstandsmitgliedes Schröder über Besoldungsfragen. Der Redner erklärte eingangs seines Vortrages, daß

## die Besoldung der Polizeibeamten

sich in einem Stadium befinde, in dem sie nicht länger bleiben könne, wenn der Bestand der Polizei, ihr Ruf und Ansehen nicht schweren Schäden leiden sollte. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß infolge der früheren Zersplitterung den Polizeibeamten ein starker einheitlicher Wille gefehlt habe, wo es sich um eine Verbesserung der Besoldung handelte. So sei es auch möglich geworden, den Aufbau der Besoldung wie bei der Reichswehr zu gestalten. Wenn auch zurzeit keine Reueung bestehe, die Bestimmungen des Besoldungsgesetzes zu ändern, so dürfe doch nicht unterlassen werden, auf eine Regelung bei der Regierung und dem Landtag hinzuwirken. Wir haben dem preussischen Minister des Innern die Frage der Besoldung vorgetragen und er hat anerkannt, daß die Besoldungsordnung einer Aenderung bedarf. Die Herren, die bei der Beratung der Ordnung mitgewirkt haben, stehen dem Polizeidienst fern und glauben deshalb an einen leichten Dienst. Sie können sich nicht in die Aufgaben, die heute an den Schutzpolizeibeamten gestellt werden, hineinbeugen. Wir haben gefordert, daß nur die Beamten in Gruppe 2 verbleiben sollen, die sich auf der Polizeischule zur Auszubildung befinden und nur während der ersten zwei Dienstjahre. Weiter sollten alle, die regelmäßig Straßendienst verrichten, in die Gruppe 4 eingestuft werden. Wer seinen Dienst 12 Jahre hindurch versehen hat, müsse seine lebenslängliche Anstellung erhalten. Tatsächlich liege die Sache so, daß an den unteren Schutzpolizeibeamten vielfach höhere Ansprüche gestellt werden, als an die in den besser besoldeten Gruppen. Dabei müsse auch der schlecht besoldete Schutzbeamte gegen alle Einflüsse moralisch fest bleiben, auch wenn der von ihm gefasste Wucherer Hunderttausente für Schwelgen anbietet. Redner schloß seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit dem Verlangen nach einer grundsätzlichen Aenderung der Besoldungsordnung.

Als letzter Referent sprach Ministerialrat Dr. Falk über Beamtenrecht. In seinem sehr ausführlichen Vortrag schilderte der Redner die bisherige Entwicklung des Bestimmungsrechts und bemerkte zu der Frage, ob der Schutzpolizeibeamte als Beamter im Sinne des Gesetzes

anzusehen sei, daß hieran nicht zu zweifeln sei. Was Preußen anbetrifft, so gebe dieses aus § 1 des Gesetzes vom 16. August 1922 ausdrücklich hervor. Die viel umstrittene Frage, ob dem Beamten das Recht zustehe, Einsicht in seine Personalakten zu fordern, wurde vom Vortragenden ebenfalls bejaht. Das sei als ein in der Verfassung verankertes Grundrecht des Beamten gemindert. Oberwachmeister Senarek referierte namens der Besoldungskommission über die zur Besoldungsfrage gestellten Anträge. Ein Teil der Anträge wird angenommen, der größere dem Verbandsvorstand überwiefen.

Eine Entschlieung, die verlangt, daß die Polizeibeamten die Weidmähne in natura geliefert erhalten sollen, fand widerspruchsvolles Ansehen.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß allen Schutzpolizeibeamten nach einjähriger Dienstzeit das Gehalt vierteljährlich im voraus gezahlt werden soll.

Zur Schluß der Tagung hielt Ministerialrat Dr. Wegg eine längere Ansprache, in der er seine Freude über den vollzogenen Zusammenschluß der Polizeibeamten und die Haltung der Schutzpolizei im Ruhrgebiet aus sprach.

Polizei-Betriebsassistent Benzin erwiderte hierauf, daß die Anerkennung des Reichspräsidenten und Dr. Brüggers freudig zu begrüßen sei, denn sie bestätige, daß die Polizei sich als ein brauchbares Werkzeug bewiesen habe. Nun sei es aber auch die Pflicht der Regierung, für die Erhaltung dieses Werkzeuges Sorge zu tragen. Das sei leider bisher nicht geschehen. Der Redner rügt dann, daß bei der Verletzung von Schutzpolizeibeamten nach dem Ruhrrevier mit großer Härte verfahren werde, indem man den Betroffenen nur eine kurze Frist bis zur Abreise gewähre. Mit der Vornahme der Wahlen war die Tagung beendet.

## Briefkasten der Redaktion.

Bekanntlich, Paulschütz, den das Gericht nach Maßgabe der Bestimmungen des Gerichtsverordnungs-Gesetzes festsetzt. — Nr. 109. Für eheliche Kinder hat keine Unterhaltspflicht. — Es kommt auf die Zeitungsabgabe des Betreffenden an. — Nr. 108. — R. O., Ramezener Str. 7, 1. J. 2. und 3. Wein. Werden Entlassungen vorgenommen, so muß der Entlassungsausweis angefordert werden. — 4. Ja. Es kann aber gegen die Allmähligkeit Einspruch beim Gruppenrat erhoben werden. — 5. 24 ff. Betriebsverordnungen. — 6. Später. — Der Räumungsbefehl muß eine Allmähligkeit vorsehen, die aber nur mit Genehmigung des Mietnennungsamtes erfolgen kann. Wir glauben nicht, daß die Genehmigung erteilt wird. — R. 1256. 1. Wir haben nichts Näheres in Erfahrung bringen können. 2. Ja. 3. Nur die nächsten Rassen. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats bleibt das herausgegebene Grundstück bis auf weiteres im Versteht. 4. Bei der Verwaltungs-polizei, Wetzlarer-Platz.

# DUNLOP

## Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!



# Dixie

## das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & Cie., DUSSELDORF



# Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte, Freitag, den 22. Februar, Sitzung des ersten Kreisvorstandes mit den Delegierten zum Parteitag bei Schützstraße, Rosenstraße 24, Café Rebelliner Straße. Ohne Ausweis kein Zutritt.
- 2. Kreis Wedding, Freitag, den 22. Februar, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes und der Bezirksdelegierten im Vahnenhof, Chausseestr. 64.
- 3. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 22. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Richter, Grimmei, 1. Sitzung der Arbeiterwohlfahrts- und Kinderkommissionen sowie der Abteilungsleiterinnen. — Freitag, den 23. Februar, pünktlich 6 1/2 Uhr, engere Kreisvorstandssitzung bei Weim, Urbanstr. 29. Um 8 Uhr Sitzung mit den Bezirksdelegierten.
- 4. Kreis Charlottenburg, für die Bezirksleiterin Freitag, den 22. Februar, 7 Uhr, im Haus beim Genossen Witz, Roddamer Str. 10, zu haben.
- 5. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, den 22. Februar, 7 Uhr, gemeinsame Sitzung des erweiterten Vorstandes mit den Bezirksdelegierten an der bekannten Stelle. Die Abteilungsleiter haben die Delegierten hierzu ein.
- 6. Kreis Köpenick, Freitag, den 22. Februar, 8 Uhr, Abrechnung und Ausgabe der Theaterarten bei Groß in Riederstraße.

Heute, Donnerstag, den 22. Februar:

- Jugendgruppen. Gruppe Friedrichshagen: Pünktlich 7 1/2 Uhr bei Kuhn, Sandberger Allee 37, v. 3. 1. Vortrag: „Diktatorien“. Thema: „Diktatorien und Sozialismus“. — Gruppe Köpenick: 7 1/2 Uhr im Sonnenheim, Sonnenstr. 64. Vortrag des Genossen Vahner: „Träume über Bürgerliche und sozialistische Weltanschauung“. — Gruppe Prenzlauer Berg: 7 1/2 Uhr im Sonnenheim, Sonnenstr. 64. Thema: „Schulreform und Sozialdemokratie“. — Gruppe Köpenick: 7 1/2 Uhr im Sonnenheim, Lindenstr. 8. Thema: „Sozial und Wirtschaft“. Referent: Fritz Scholz.

# Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 22. Februar:

19. Kreis, 6 Uhr im Stützlingsheim, Eingang Flößstraße, wichtige Sitzung sämtlicher Genossinnen.

# Morgen, Freitag, den 23. Februar:

- 27. Abt. Die Einbürgerung des Genossen Robert Feidte, Rottb. Str. 3, findet um 7 Uhr im Kometarium Gerichtstraße statt.
- 34. Abt. Charlottenburg, 7 Uhr im Kometarium beim Genossen Kott, Helmholzstr. 12.
- 36. Abt. Köpenick, 7 1/2 Uhr im Sprechzimmer des Helmholz-Gymnasiums, Rubensstraße (part.), Verammlung aller Beamten. Wichtige Aussprache. Wahl eines Verbandssekretärs.

# Jugendveranstaltungen.

Der Ortsausschuss für Jugendpflege Westfalen veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Bodinschule, Bodinschule, einen Kinabend. Zur Vorbereitung gelangt „Neben den hohen Bergen“. Eintrittskarten zum Preise von 20 R. für Jugendliche und 150 R. für Erwachsene sind an der Kasse zu haben.

Achtung, Kaffeezeit! Die Ausgabe der Zeitungen und Briefen für den Monat März findet am Freitag, den 22. Februar, abends von 6-7 Uhr im Jugendsekretariat statt. Alle Abteilungen müssen ihr Material abholen.

Die Hauptpetition.

Der Sozialistische Studentenbund veranstaltet am Sonntag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Köpenick, 13, einen öffentlichen Vortragabend über „Arbeiterleben“. Referent: Dr. Brach. Serie und

Prosa der jungen Arbeiterbewegungen von Karl, Is. Wöhrer, Engelst. Straße 2. 6. Eintritt frei. Wir bitten die Genossen, sich an dem Vortrag recht zu beteiligen.

# Heute, Donnerstag, den 22. Februar:

Kaumfahnenweg: Jugendheim Köpenick, 16. Vortrag: „Brot und Butter“. — Marienfeld: Jugendheim Schulstraße Köpenick, Vortrag: „Brot und Butter“. — Uten (Stalower Viertel): Jugendheim Gemeindehaus Köpenick, Vortrag: „Brot und Butter“. — Wedding: Jugendheim Gemeindehaus Rubensstraße, Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung“.

Wetter bis Freitag mittag. Zeitweise aufklarend, jedoch überlegentlich bewölkt mit wiederholten, im allgemeinen geringen Niederschlägen. In den Tagesstunden leichter, in der Nacht zu Freitag im Nordosten noch ziemlich strenger Frost.

## Beromanns Zahnpasta

# Rosodont

die Sparsamkeit selbst  
Seit 70 Jahren bewährt

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Sowelt Vorrat

Amerik. Schweine-Schmalz Pfund 4300.-	Marmelade mit Zucker gestaut Pfund 600.-	Leipziger Straße	Fleisch	Alexanderplatz	Dollkates-Sülze Pfund 2600.-
Rinderfett ..Pfund 3800.-	Pflaumenmus Pfd. 700.-	Kalbsrücken .....Pfund 2000.-	Kalbshack .....Pfund 2100.-	Kohlrüben Pfund 60.-	Rotwurst n. Thüring. Art Pfund 3600.-
Kokosfett ..Pfund 3700.-	Kunsthonig 1-Pfd.-Paket 540.-	Kalbssteuen .....Pfund 2200.-	Hammel- u. Vorderfleisch Pfd. 2800.-	Möhren .....Pfund 65.-	Landleberw. Pfd. 3600.-
Margarine ..Pfund 3200.-	Dörrgemüse Julianna ..Pfund 1200.-	Hammelkeulen .....Pfund 3200.-	Prima Rinderherzen 1900.-	Sellerie gr. Knollen Pfund 55.-	Mettwurst große Pfund 3200.-
Tafel-Margarine 1/2-Pfund Paket 3600.-	Schnittbohnen eingeweicht ..Pfund 120.-	Feites Ochsenfleisch 2700.-		Weisskohl.....Pfund 120.-	Bräupolnische Pfd. 3800.-

Makrel-Bücklinge Pfund 1200.- Kaffee-10% Mischung Pfund 2500.-

# Theater, Lichtspiele usw.

- Opernhaus 7 Uhr: Don Giovanni
- Volkshäuser 7 1/2 Uhr: Verschwendet
- Schauspielhaus 7 Uhr: Käthe von Kellbronn
- Lessing-Th. 7 Uhr: FAUST
- Deutsch. Theat. 8 Uhr: Das Glas Wasser
- Deut. Künstler-Th. 8 Uhr: Der Fürst von Pappenheim
- Kammerspiele 7 Uhr: Die Lohengrin
- Gr. Schauspielth. 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau
- Königgrätz. Str. 7.45: Aus d. Leben d. Insekten
- Berliner Th. 7.15: Madame Pompadour
- Residenz-Th. 7.15: Die Schöpfer
- Trianon-Th. 8 Uhr: Die Kokotte
- Unmoralischen 8 Uhr: Carola Toelle, Oira Limburg, Falkenstein, Kaiser-Titz
- Central-Theater 8 Uhr: Eine glückliche Ehe
- Wahalla-Th. 8 Uhr: Die Blauweisse
- Casino-Theater 8 Uhr: Der neue Schlager

# Messe 11-14 März Breslau

Vorverkauf von Messeausweisen zu bedeutend ermäßigten Preisen in sämtl. Zigarrengeschäften der Firma Loeser & Wolff

# Komische Oper

Europa spricht davon

am 20. Februar, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Deutscher Metalarbeiter-Verband

# Deutscher Metalarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

am 20. Februar, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Deutscher Metalarbeiter-Verband

# Deutscher Metalarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

am 20. Februar, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Deutscher Metalarbeiter-Verband

# Admirals-Varieté

7.30 Febr.-Programm

# Deutscher Verkehrsverband

Handels- u. Gewerbeverband

# Deutscher Verkehrsverband

Handels- u. Gewerbeverband

# Circus Busch

Sonntag! 2 mal, 3 u. 7 1/2

# Zielka

Varieté / Kabarett

# Auto-Reparatur-Betriebe

Heute, Donnerstag, den 22. Februar

# Wohnungsausschuss

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

# Pianos

Miete

# Verkaufe

Kopie, herliche Pfeffermühle

# Wohnungsausschuss

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

# Drum prüfe, wer sich ewig binnet

Als Selbstversteher liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

# Verkaufe

Kopie, herliche Pfeffermühle

# Werkzeuge u. Maschinen

Rügel, Schrauben, Leim, Lack, etc.

# Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermacher

# Kaufgesuche

Rauhe alte Riten Gude, Päckleinwand

# Arbeitsmarkt

Gewissenhafte Unternehmung, Erfahrener Bediener

# Arbeitsmarkt

Gewissenhafte Unternehmung, Erfahrener Bediener

# Arbeitsmarkt

Gewissenhafte Unternehmung, Erfahrener Bediener